

Kocka, Jürgen

**Article — Digitized Version**

## Amerikanische Angestellte in Wirtschaftskrise und New Deal 1930-1940

Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Kocka, Jürgen (1972) : Amerikanische Angestellte in Wirtschaftskrise und New Deal 1930-1940, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, ISSN 0042-5702, Dt. Verl.-Anst, Stuttgart, Vol. 20, Iss. 4, pp. 333-375

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122989>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

JÜRGEN KOCKA

## AMERIKANISCHE ANGESTELLTE IN WIRTSCHAFTSKRISE UND NEW DEAL 1930-1940\*

### I

Wenn sich die amerikanische Historiographie bisher noch sehr wenig um die Sozialgeschichte der angestellten Mittelschichten in diesem fortgeschrittensten Industrieland der Erde gekümmert hat, so liegt das für die fast völlig unbearbeitete Zwischenkriegszeit jedenfalls nicht an einem Mangel an Angestellten selbst. Nur grobe Schätzungen sind möglich: versucht man dem deutschen statistischen Angestelltenbegriff der Zeit möglichst nahe zu kommen und zählt man zu den „Angestellten“ alle *white collar workers*, abzüglich der Selbständigen und der leitenden Angestellten, zuzüglich der meisten in der amerikanischen Statistik zu den *manual workers* zählenden Meistern, so dürfte es 1920 7,6 und 1930 10,4 Millionen Angestellte und Beamte in den USA gegeben haben, d. h. 18% (1920) bzw. 22% (1930) der amerikanischen Erwerbstätigen gehörten zur Gruppierung der Angestellten. Dagegen gab es in Deutschland 1925 nur 5,3 und 1933 5,6 Millionen Angestellte und Beamte, die jeweils ungefähr 17% der Erwerbstätigen entsprachen<sup>1</sup>. Der relativ

\* Der folgende Aufsatz enthält Überlegungen und Ergebnisse, die in meiner Habilitationsschrift „Studien zur Sozialgeschichte amerikanischer Angestellter 1890-1940“ (Münster 1972, unveröff.) ausführlich und in breiterem Zusammenhang behandelt werden. Die Vorbereitung der Arbeit wurde mir durch ein Stipendium des *American Council of Learned Societies* und durch einen Aufenthalt im *Charles Warren Center for Studies in American History* (Harvard-Universität) 1969/70 ermöglicht.

<sup>1</sup> Statistik d. Dt. Reichs 408 (Berlin 1931), S. 108, 458 (Berlin 1937), S. 25 ff. Zur Entwicklung des statistischen Angestelltenbegriffs in Deutschland: G. Hartfiel, *Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland*, Berlin 1961, S. 16-27. – Die amerikanischen Zahlen nach U.S. Bureau of Census, *Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1957*, Washington 1960, S. 74-78 mit folgender Umrechnung (in Millionen):

	1920	1930
„white collar workers“	10,5	14,3
abzögl. „managers, officials and proprietors“ und selbständige „professionals“ (geschätzt)	2,9	3,9
zuzüglich Meister (geschätzt)	0,4	0,5

größere Angestelltenanteil innerhalb der amerikanischen erwerbstätigen Bevölkerung hing einmal damit zusammen, daß die angestelltenintensiven Wirtschaftsabteilungen Verkehr, Handel und Finanzen in den weiträumigen Vereinigten Staaten mindestens seit den 1870er Jahren relativ mehr Personen beschäftigten als in Deutschland. Außerdem wuchs ungefähr ab 1900 der amerikanische Dienstleistungssektor (trotz Zurückgebliebenheit auf der öffentlichen Seite) sehr viel schneller als der deutsche<sup>2</sup>. Schließlich beschäftigte die amerikanische Industrie um 1930 relativ ein wenig mehr Angestellte als die deutsche<sup>3</sup>, worin sich wahrscheinlich

Als Bezugsrahmen dienen einmal die „Hauptberuflich Erwerbstätigen“ und zum andern die „economically active population“. Zur Definition: Statistik d. Dt. Reichs, Bd. 408, S. 7f.; U.S. Bureau of Census, Historical Statistics, S. 68. – Es ist nicht auszuschließen, daß die amerikanischen Zahlen ein wenig zu hoch sind, da einige hier als Angestellte gerechnete Kategorien einige nicht eliminierbare Selbständige enthalten haben dürften.

<sup>2</sup> Die Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen in den USA und Deutschland 1880–1940 (in %) (nach W. G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 202–06; U.S. Bureau of Census, Historical Statistics, S. 74):

	Landwirtschaft, Forsten, Fischerei		Bergbau, Industrie und Handwerk		Verkehr		Handel, Banken und Versicherungen		Private und öffentliche Dienstleistungen	
	USA	Dtl.	USA	Dtl.	USA	Dtl.	USA	Dtl.	USA	Dtl.
1880	50,06	48,72	24,78	29,54	4,95	2,01	7,02	4,24	13,19	15,49
1890	42,83	42,75	28,10	34,57	6,44	2,54	8,38	5,19	14,25	14,95
1900	37,56	38,18	30,10	37,28	7,22	3,06	9,49	6,51	15,63	14,96
1910	31,55	35,83	31,48	37,39	8,68	3,56	10,59	8,08	17,70	15,14
1920*	27,39		31,68		10,07		11,67		15,19	
1925**		31,51		40,12		4,74		10,29		13,34
1930	22,01	30,54	31,06	37,41	9,95	5,00	15,16	12,32	21,84	14,65
1940*	17,14		31,07		7,79		16,38		27,62	
1959**		27,56		40,89		5,24		10,05		16,48

\* nur USA

\*\* nur Deutschland

<sup>3</sup> Angestellte in % aller Arbeitnehmer in Industrie und Handwerk (einschließlich Bauwesen und Bergbau):

	USA	Dtl.
1925	12,5	12,9
1929	13,7	13,1
1932	16,3	15,0
1937	12,9	11,7
1938	14,2	11,9

Errechnet aus: S. Kuznets, National Income and Its Composition 1919–1938, New York 1941, S. 557, 597, 600, 643; Statistik d. Dt. Reichs 408 (Berlin 1931), S. 110; Wirtschaft und Statistik 19 (1939), S. 294ff. Auch diese Vergleichszahlen können nur als rohe Information dienen, da die hier zugrundeliegende Definition des „salaried employee“ in Absetzung zum „wage earner“, und des „Angestellten“ in Absetzung zum „Arbeiter“ weder im einzelnen Land eindeutig und über die Jahre konstant noch international völlig deckungsgleich war. Zu den „Angestellten“, aber nicht zu den „salaried employees“ zählten etwa bestimmte Meisterkate-

ein – allerdings sehr schwacher – Vorsprung in der für ein fortgeschrittenes Stadium industriewirtschaftlichen Wachstums kennzeichnenden Systematisierung und Kommerzialisierung des gewerblichen Sektors bemerkbar machte.

45% (1920) bzw. 41% (1930) der amerikanischen Angestellten wurden als *clerical and kindred workers* (Büroangestellte, Buchhalter, Sekretärinnen, untere Bankangestellte, Telegraf- und Telefonangestellte, etc.) zusammengefaßt. Die unteren und mittleren kaufmännischen Angestellten machten weitere 27% bzw. 29% der Gesamtzahl aus. Zirka 1,9 Millionen (1920) bzw. 2,8 Millionen (1930) Angestellte zog die Statistik als *professional, technical and kindred workers* zusammen. Dieses obere Viertel der Angestellten (aber unterhalb der bereits ausgeschiedenen „leitenden Angestellten“, der *manager* und *officials*<sup>4</sup>) bestand aus Personen mit akademischer oder gehobener Fachschulausbildung, z. B. aus Ingenieuren und Technikern, Professoren und Lehrern, angestellten Juristen usw.<sup>5</sup>.

Die bisherige Vernachlässigung dieser sozialen Gruppierung, bzw. der meisten ihrer Teile, durch die Sozialgeschichte liegt sicherlich zum Teil an Präferenzen und Eigenarten der in Frage kommenden Unterdisziplinen innerhalb der amerikanischen Historiographie. „Labor History“ konzentrierte sich bis in die jüngste Vergangenheit weitgehend auf institutionelle Aspekte der Arbeitnehmergegeschichte, auf die Organisationen, ihre Führer, ihre Politik und Kämpfe, daneben auf eng ökonomische und rechtliche Fragestellungen im Umkreis von *collective bargaining* und *industrial relations*<sup>6</sup>. Die bis heute, vor allem aber bis in die 30er Jahre, fast unorganisierten Angestellten fielen durch dieses grobe Raster historiographischer Aufmerksamkeit hindurch. Unternehmens- und Managementgeschichte interessierte

gorien, Wachpersonen und produktionsnahe Schreiber. Der Unterschied Lohn-Gehalt diente in beiden Ländern zumeist, aber nicht immer, als Abgrenzungskriterium. Während in Deutschland eine 1911 getroffene und 1924 ausgeweitete rechtliche Definition für eine gewisse Uniformität der Kriterien sorgte, resultieren die amerikanischen Zahlen aus Erhebungen des *Census of Manufactures*, der von 1919 bis 1939 alle zwei Jahre durchgeführt wurde. Die *Census-Fragebögen* erklärten in allgemeinen Worten (und mit geringen Änderungen) den Unterschied der beiden Kategorien und überließen es darüber hinaus dem antwortenden Unternehmen, wen es als „salaried“ und wen es als „wage-earner“ aufführte. Vgl. dazu: U.S. Bureau of the Census, *Biennial Census of Manufactures 1925*, Washington 1928, S. 1193–94; dass., *15th Census of the United States: Manufactures 1929* (vol. 1: General Report), Washington 1933, S. 4–5; dass., *Biennial Census of Manufactures 1937*, Washington 1938, Teil I, S. 7; Kuznets, a. a. O., S. 86–88; S. Fabricant, *Employment in Manufacturing 1899–1939*, New York 1942, S. 171 ff.; G. E. Delehanty, *Nonproduction Workers in U.S. Manufacturing*, Amsterdam 1968, S. 2–5, 24–29.

<sup>4</sup> Vgl. A. M. Edwards, *Comparative Occupation Statistics for the United States*, Washington 1945, S. 179. Dort wie in späteren Statistiken wird die Gruppe „Proprietors, Managers and Officials“ durch ihre Teilhabe an Kapitalkontrolle und unternehmerischen Funktionen, insbesondere Anstellungs- und Entlassungsbefugnissen charakterisiert. Zum deutschen „leitenden Angestellten“ vgl. Hartfiel, a. a. O., S. 74 ff.

<sup>5</sup> Vgl. zu den Einzelheiten der mit der deutschen Aufteilung nur sehr schwer zu vergleichenden Gliederung: U.S. Bureau of Census, *Historical Statistics*, S. 75 ff.

<sup>6</sup> Vgl.: J. S. Auerbach, Introduction, in: ders. (Hrsg.), *American Labor*, New York 1969, S. XIX–XXIV.

und interessiert sich mehr für den Unternehmer, seine Persönlichkeit und seine Entscheidungen, für die technologische und organisatorische Entwicklung, allmählich auch für ökonomisch-theoretisch orientierte Fragen, selten aber für den Betrieb oder das Unternehmen als Sozialverband, in dem auch die Angestellten zu untersuchen wären<sup>7</sup>. Ganz allgemein dürfte zutreffen, daß zwar sozialgeschichtliche Fragestellungen mindestens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, seit Turner, Becker und Beard sehr viel stärker in die allgemeine amerikanische Geschichtsschreibung integriert worden sind als in die deutsche; Fragestellungen, die zu einer Geschichte sozioökonomischer Klassen und Schichten geführt hätten, blieben jedoch, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, selten<sup>8</sup>.

Der Mangel an sozialpolitischer und sozialhistorischer Behandlung der Angestellten als sozialer Gruppierung, dem erst seit dem Zweiten Weltkrieg allmählich von einzelnen Diskussionsbeiträgen ein wenig Abhilfe geschaffen wurde, und der ganz auffallend mit der seit Jahrhundertbeginn geführten, lebhaften deutschen Angestelltendiskussion kontrastiert<sup>9</sup>, weist jedoch darüber hinaus auf tiefgreifende, trotz ähnlicher ökonomischer Entwicklung fortwirkende Unterschiede in der deutschen und amerikanischen sozialen und politischen Geschichte hin, die hier nur angedeutet werden können. Ohne die in Deutschland und anderen europäischen Ländern so wirksamen vorindustriellen Traditionen bürokratischer und feudaler Provenienz; angesichts vielfältiger Vorteile dieser landreichen, arbeitsknappen *new nation* mit ihrer in Deutschland undenkbaren, am deutlichsten in der Westwanderung zum Ausdruck kommenden horizontalen Mobilität, mit ihrer wahrscheinlich ebenfalls größeren vertikalen sozialen Durchlässigkeit und ihrem durch kraftvolle Industrialisierung erschlossenen Reichtum; angesichts der bis zum 1. Weltkrieg permanenten Einwanderung bis dahin meist schlechter gestellter Massen und der damit verbundenen ethnisch-religiösen Heterogenität; in einem früh demokratisierten, dezentralisierten politischen System; unter dem Einfluß eines Individualkategorien betonenden, leistungs- und wettbewerbsorientierten, antiständischen und antietatistischen Wertsystems; geformt durch weit verbreitete Ideologien, die jene unbestreitbaren objektiven Merkmale der amerikanischen Geschichte ideologisch überhöhten und z. T. übertrieben – unter all diesen und anderen Bedingungen unterblieb nicht nur weitgehend die Herausbildung einer radikal-emanzipatori-

<sup>7</sup> Vgl. etwa den Abdruck der wichtigsten einschlägigen Artikel aus „Business History Review“ bei J. P. Baughman (Hrsg.), *The History of American Management*, Englewood Cliffs 1969, denen eine umfassend sozialgeschichtliche Fragestellung durchweg fremd ist.

<sup>8</sup> Als kurzen Überblick über die Entwicklung der amerikanischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichtsschreibung vgl. den entsprechenden Abschnitt in J. Kocka, Art. „Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“, in: *Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft*, Bd. 5, Freiburg 1972.

<sup>9</sup> Für die amerikanische Seite am besten: C. Wright Mills, *White Collar, The American Middle Class* (1951), London 1956 (brosch.); dt.: *Menschen im Büro*, 1955, dessen bibliographischer Essay die geringe Behandlung des Themas durch amerikanische Autoren erkennen läßt. Zur deutschen Diskussion: J. Kocka, *Industrielle Angestelltenschaft in frühindustrieller Zeit*, in: O. Büsch (Hrsg.), *Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung ...*, Berlin 1971, S. 317 ff.

schen, fundamental-oppositionellen, sozialistischen Arbeiterbewegung, sondern auch, eng damit verknüpft, die Entstehung eines einigermaßen klar identifizierbaren angestellten „neuen Mittelstandes“. Die vergleichende Untersuchung dieser Unterschiedlichkeit in zwei, der ökonomischen, industriell-kapitalistischen Entwicklung nach so ähnlichen und den Startbedingungen der Industrialisierung nach so verschiedenen Ländern würde die einzigartige Chance bieten, den Einfluß vorindustrieller, vorkapitalistischer Traditionen auf die Entwicklung einiger sozialer Strukturen und Konflikte abzuschätzen, doch gehört das nicht zu den Aufgaben der vorliegenden Studie. Bildete sich doch diese Unterschiedlichkeit im wesentlichen schon vor 1914 heraus, bevor noch neue, auf Deutschland ganz anders als auf die USA wirkende Entwicklungen, der Krieg, die Niederlage und die Inflation insbesondere, die angedeutete Vergleichbarkeit, vor allem die implizite und natürlich auch vorher nur unvollkommen vorhandene *Ceteris-Paribus*-Voraussetzung eindringlich reduzierten<sup>10</sup>. Es muß hier genügen, auf das Resultat zu verweisen: während die Identität der Angestelltenschaft (trotz vieler Definitionsschwierigkeiten) und damit der Unterschied Angestellte – Arbeiter im Deutschland der 20er Jahre objektiv und im Bewußtsein der Handelnden hinreichend stark ausgeprägt waren, um relativ klaren Differenzierungen im Sozial- und Arbeitsrecht, im Organisationsverhalten, im Lebensstil und den sozio-politischen Verhaltensweisen als Basis zu dienen, traf dies im Amerika der Zwischenkriegszeit sehr viel weniger zu.

Arbeits- und sozialrechtlich spielte hier dieser Unterschied nur eine sehr untergeordnete, keine soziale Prägekraft entfaltende Rolle, weil einerseits die frühen (und vergleichsweise spärlichen) Arbeiterschutzgesetze seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Empfänger eher nach Verdienst oder Wirtschaftszweig, nicht aber nach Arbeiter-Angestellten-Status kategorisierten<sup>11</sup>; und weil andererseits die am Modell der relativ staatsfreien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung orientierte Gesetzgebung sozialstaatliche Interventionen nach deutschem Muster bis in die frühen 30er Jahre hinein weitgehend vermied und schon deshalb im Unterschied zu Deutschland den Angestellten-Arbeiter-Unterschied weder spezifizieren mußte noch ihn als statusorientiertes Integrationsinstrument einsetzen konnte<sup>12</sup>. Der Aus-

<sup>10</sup> Zu diesem Komplex hoffe ich demnächst die in der ersten Anmerkung erwähnte Untersuchung veröffentlichen zu können. Hilfreiche Gesamtinterpretationen der amerikanischen Geschichte mit Berücksichtigung der angedeuteten Wirkungsfaktoren: D. M. Potter, *People of Plenty*, Chicago 1954; W. A. Williams, *The Contours of American History*, Chicago, 2. Aufl. 1966; L. Hartz, *The Liberal Tradition in America*, New York 1955; S. M. Lipset, *The First New Nation* (1963), New York 1967 (brosch.).

<sup>11</sup> U.S. Commissioner of Labor, *22nd Annual Report 1907: Labor Laws of the U.S.*, Washington 1908; D. W. Douglas, *American Minimum Wage Laws at Work*, New York 1920; L. D. Clark, *Comparison of Workman's Compensation Laws of the United States as of January 1925* (= Bulletin of the U.S. Bureau of Labor Statistics, No. 379), Washington 1925, bes. S. 4ff., 8; A. Epstein, *The Problem of Old-Age Pensions in Industry*, Harrisburg, Pa. 1926; *Handbook of Labor Statistics 1924-26* (= Bulletin of the U.S. Bureau of Labor Statistics, No. 439), Washington 1927, S. 399ff.

<sup>12</sup> Als nach Einbruch der Depression gesetzliche Sozialversicherung eingeführt wurde, gab es auch in den USA einige geringfügige Ansätze, zwischen Arbeitern und Angestellten zu

bau des Arbeits- und Versicherungsrechtes im *New Deal* führte tatsächlich zu einer Differenzierung zwischen gesetzlich zu schützenden und von gesetzlichen Regelungen auszunehmenden Arbeitnehmern. Jedoch wurde die Linie zumeist zwischen der großen Masse der Arbeiter und Angestellten auf der einen Seite und einer kleineren Gruppe mittlerer und höherer Angestellten auf der anderen Seite gezogen. Dieser Unterschied zwischen *exempted* und *non-exempted employees*, der bis heute im Arbeitsrecht und – als informeller Statusunterschied – auch in der Alltagspraxis der Büros eine Rolle spielt, trug der Tatsache Rechnung, daß zwischen den Arbeitern und den meisten Angestellten der sozio-ökonomischen Stellung und Funktion nach kein arbeits- und sozialrechtlich relevanter Unterschied (mehr) bestand<sup>13</sup>. Ähnlich wie die Gesetzgebung verzichteten die großen Privatunternehmen, deren Sozialleistungen seit den späten 90er Jahren kontinuierlich ausgebaut wurden, bis in die 30er Jahre fast durchweg auf eine konsequente Differenzierung zwischen Arbeitern und Angestellten. Vermutlich verletzten sie durch solch egalisierende Behandlung – im Unterschied zur deutschen Situation – nicht die (in Deutschland auf abhebbende Besserstellung gerichteten) Erwartungen ihrer Angestellten<sup>14</sup>.

In ihrem Verhalten gegenüber den Gewerkschaften unterschieden sich auch in Amerika die Angestellten von den Arbeitern durch sehr viel geringere Organisationsintensität; bis zur Depression kam es gar nicht zur Bildung von zwischenberuflichen überbetrieblichen Angestelltenverbänden, die (wie in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg) den Angestelltenstatus im Unterschied zum Arbeiterstatus als Organisationsprinzip betonten; vielmehr organisierten sich die Angestellten der 20er Jahre, wenn überhaupt, dann auf möglichst enger beruflicher Basis – z. B. als Ladengehilfen (*retail clerks*) oder Elektroingenieure – oder aber manchmal mit Lohn-

---

unterscheiden. So bezogen sich 1935 die Arbeitslosenversicherungsgesetze in einigen Einzelstaaten zwar auf alle „manual workers“, aber auf „nonmanuals“ nur insoweit sie unter einer bestimmten Verdienstgrenze lagen. Vgl. die Übersicht bei P. H. Douglas, *Social Security in the United States*, New York, 2. Aufl. 1939, S. 306–07. Ähnliche Vorschriften hatten in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts als Anlaß der Entwicklung des juristischen Angestelltenbegriffes gedient. Vgl. J. Kocka, Art. „Angestellter“ in: O. Brunner, W. Conze und R. Koselleck, *Lexikon der historisch-sozialen Begriffe der Neuzeit*, Bd. 1, Stuttgart (vorauss.) 1972.

<sup>13</sup> Vgl. *White-Collar Worker Exemptions under Wage and Hour Laws*, in: *Monthly Labor Review* 51 (Nov. 1940), S. 1202–05; und: N. S. Falcone, *Labor Law*, New York/London 1963, S. 424, zur Definition der „professional“, „administrative“ und „executive employees“, die von diesen Gesetzen ausgenommen blieben. Zur Entstehung der rechtlichen Unterscheidung Arbeiter – Angestellte in Deutschland 1914 und zur zugrundeliegenden sozialgeschichtlichen Entwicklung, die in den U.S.A. keine Entsprechung hat, vgl. J. Kocka, *Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft*, Stuttgart 1969, S. 513 ff.

<sup>14</sup> Vgl. *Welfare Work for Employees in Industrial Establishments in the United States* (= *Bulletin of the U.S. Bureau of Labor Statistics*, Nr. 250), Washington 1919, als Untersuchung von 431 Firmen (vgl. allerdings S. 55, 71, 73 zu vereinzelt Ansätzen zur differenzierten Behandlung von Arbeitern und Angestellten im Kantinenwesen und bei der Freizeitgestaltung). Rassische Segregation schien wichtiger als die zwischen Arbeitern und Angestellten (s. ebd. S. 57 f., 76). Die wichtigste Studie von Unternehmens-Pensionskassen vor 1950 fand, daß nur in wenigen Ausnahmefällen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten als solchen gemacht wurden; vgl. Epstein, a. a. O., S. 71.



arbeitern zusammen in derselben Organisation<sup>15</sup>. Nie gewann hier die Unterscheidung Arbeiter – Angestellte allgemein-politische Bedeutung wie in der deutschen Mittelstandspolitik seit dem Ende des 19. Jahrhunderts<sup>16</sup>. Im Ganzen scheint es so, als ob für die Situation, das Selbst- und das Fremdverständnis der meisten Amerikaner sowie für die daraus folgenden Verhaltensweisen die Angestellteneigenschaft als solche, vergleicht man mit Deutschland, eine relativ geringere sowie später in Erscheinung tretende Rolle gespielt hat und häufig hinter einem spezifischen Berufs-, einem allgemeinen Arbeitnehmer- und (bzw. oder) einem regionalen, religiösen oder ethnischen Sonderbewußtsein zurückgetreten ist. Aus diesem Zusammenhang erklären sich die methodischen und quellenmäßigen Schwierigkeiten, die amerikanischen Angestellten sozialhistorisch zu bearbeiten und der weitgehende Mangel an entsprechenden Arbeiten.

Dennoch ist der Untersuchungsgegenstand „amerikanische Angestellte“ keine bloße Abstraktion des Historikers, keine von außen und später in die Geschichte hineingetragene Kategorie. In öffentlichen Statistiken wurden spätestens seit den 1870er Jahren *salaried employees* von *wage earners* zusammenfassend abgegrenzt<sup>17</sup>. Schon vor dem Ersten Weltkrieg diente der Begriff *white collar* zur Abgrenzung von nicht-manuellen gegenüber manuellen Tätigkeiten und Berufen, etwa im Sinne der deutschen Angestellten<sup>18</sup>. In frühen Versuchen, die lediglich nach Wirtschaftsabteilungs- und Berufszugehörigkeit (also nach funktionalen Kriterien) klassifizierenden Zensus-Ergebnisse nach (hierarchischen) Schichtungskriterien umzugruppieren, diente, wenn auch unreflektiert und in wechselnden Kontexten, der Unterschied zwischen *hand workers* und *head workers*, zwischen *blue collar* und

<sup>15</sup> Vgl. z. B. G. G. Kirstein, *Stores and Unions*, New York 1950; M. A. Calvert, *The Mechanical Engineer in America 1830–1910*, Baltimore 1967; E. T. Layton, Jr., *The Revolt of the Engineers*, Cleveland 1971; H. Henig, *The Brotherhood of Railway Clerks*, New York 1937; V. Ulriksson, *The Telegraphers, Their Craft and their Unions*, Washington 1953; Überblick bei: E. M. Kassalow, *White-Collar Unionism in the United States*, in: A. Sturmthal (Hrsg.), *White-Collar Trade Unions*, Urbana, Ill. 1966, S. 305–64. Organisationen wie die „National Federation of Government Employees“ oder die „Brotherhood of Railway and Steamship Clerks, Freight Handlers, Express and Station Employees“ zählten Arbeiter wie Angestellte zu ihren Mitgliedern. 1947 gab die CIO-Stahlarbeitergewerkschaft an, unter ihren ca. 858 000 Mitgliedern 20 000 Angestellte zu haben. Vgl. V. Shlakman, *Status and Ideology of Office Workers*, in: *Science & Society* 15 (1951), S. 26; Schätzungen des Angestelltenorganisationsgrads im Vergleich zu Lohnarbeitern bei: Mills, *White Collar*, S. 302.

<sup>16</sup> Vgl. dazu J. Kocka, *Vorindustrielle Faktoren in der deutschen Industrialisierung*, in: M. Stürmer (Hrsg.), *Das Kaiserliche Deutschland*, Düsseldorf 1970, S. 265–286.

<sup>17</sup> Vgl. *Seventh Annual Report of the Massachusetts Bureau of Statistics of Labor*, Boston 1876.

<sup>18</sup> Der früheste uns bekannte Gebrauch des Begriffs in der Zeitschrift „*The Draftsman*“, Cleveland, Ohio, 2 (1903), S. 275: Einige technische Zeichner bekämen leicht einen „geschwollenen Kopf“, würden überheblich, wenn sie die 18-Dollar-pro-Woche-Grenze überschritten. „Men of this type are usually the ones the men in the shop call ‚white collars‘ or ‚silk glove men‘. They are often very much afraid of soiling their hands.“ Zu spät datiert die Entstehung des Begriffs also Ch. E. Funk, *Heavens to Betsy! And Other Curious Sayings*, New York 1955, S. 29.

*white collar* als Abgrenzungsmerkmal unter anderen. Allerdings bezog sich der Begriff „white collar worker“ zwar vorwiegend und zunehmend, jedoch keineswegs ausschließlich auf nicht-manuell Beschäftigte im Arbeitnehmerstatus. In der Zwischenkriegszeit deutlicher als heute, konnte und kann er vielmehr auch nicht-manuell arbeitende Selbständige einbeziehen. Diese Begriffsbildung, die den statistischen Vergleich zwischen deutschen und amerikanischen Angestellten erschwert, spiegelt die geringere Rolle klassengesellschaftlicher Momente im amerikanischen Denken<sup>19</sup>.

Gerade um den Ersten Weltkrieg herum, dessen inflationäre Begleiterscheinungen auch in den USA zu einer Nivellierung von Angestellten- und Arbeiterverdiensten, zum relativen (und oft absoluten) Kaufkraftverlust der Festbesoldeten führte, beanspruchten die *white collar workers* eine begrenzte, aber zunehmende Aufmerksamkeit in der zeitgenössischen sozialen und politischen Publizistik<sup>20</sup>. Theater und Roman begannen sich mit den Büroangestellten zu beschäftigen, wobei der Widerspruch zwischen ihren Ideologien und Erwartungen einerseits und der angeblichen Mediokrität, Alltäglichkeit und Abhängigkeit ihrer tatsächlichen Stellung, z. T. satirisch, im Vordergrund stand<sup>21</sup>. Auch in den Industrieunternehmen unterschieden sich Arbeiter und Angestellte nicht nur ihren Tätigkeiten und ihrer Bezahlung nach, sondern (trotz der oben angeführten Einschränkungen) auch in manchen anderen Details ihrer sozialen und ökonomischen Situation<sup>22</sup>. Eine Repräsentativuntersuchung des führenden amerikanischen Manager-Verbandes fand 1923, daß „the office worker and the grimy mechanic of the same race do not care to mingle at lunch; the latter is at a disadvantage which is not felt when they are separate“<sup>23</sup>.

<sup>19</sup> Vgl. I. A. Hourwich, *The Social-Economic Classes of the Population of the United States*, in: *Journal of Political Economy* 19 (1911), S. 188–215, 309–337, bes. S. 190–94, 310 ff.; A. H. Hansen, *Industrial Class Alignments in the United States*, in: *Quarterly Publications of the American Statistical Association* 17 (1920), S. 417–25; A. M. Edwards, *Social Economic Groups of the United States*, in ebda. 15 (1917), S. 645–661, bes. S. 644 f.; ders., *A Social-Economic Grouping of the Gainful Workers of the United States*, in: *Journal of the American Statistical Association* 28 (1933), S. 377–391, bes. S. 377 f.

<sup>20</sup> Vgl. S. Deming, *A Message to the Middle Class*, Boston 1915, S. 55 ff.; J. Corbin, *The Return of the Middle Class*, New York 1922; E. S. Cowdrick, *Manpower in Industry*, New York 1924, 155–61. Als Schätzung der durchschnittlichen Verdienstentwicklungen der amerikanischen Angestellten im Krieg und danach vgl. R. K. Burns, *The Comparative Economic Position of Manual and White Collar Employees*, in: *Journal of Business* 27 (1954), Chicago, S. 257–67.

<sup>21</sup> Vgl. E. L. Rice, *The Adding Machine, A Play in Seven Scenes*, Garden City, 1923; E. Seaver, *The Company*, New York 1930.

<sup>22</sup> Einige Beispiele: Arbeiter erhielten zumeist ihren Lohn in bar, Angestellte in Form des Bankschecks, bis seit den späten 20er Jahren der Scheck sich auch für Arbeiter durchsetzte; vgl. *American Management Association, Survey Report Nr. 6: Wage Payment in Cash or by Check*, New York 1923, S. 5. – Regelmäßige bezahlte Ferien blieben für Arbeiter bis in die 30er Jahre hinein die Ausnahme, nicht aber für Angestellte. Vgl. *Handbook of Labor Statistics 1924–26* (= *Bulletin of the U.S. Bureau of Labor Statistics*, Nr. 439), Washington 1927, S. 611–616. – Lohnfortzahlung im Krankheitsfall war Mitte der 20er Jahre üblich für Büroangestellte, aber nicht für Arbeiter, vgl. ebda., S. 530.

<sup>23</sup> *American Management Association, Survey Report, Nr. 5 (The Negro in Industry)*, New York 1923, S. 25.

Zweifellos bestanden durchschnittliche Unterschiede zwischen Angestellten und Arbeitern in bezug auf ihre Arbeitsverhältnisse, ihr Freizeit- und Konsumverhalten, ihre Sozialbeziehungen, Kontakte und Wohnverhältnisse, in bezug auf ethnische und religiöse Zusammensetzung, Ausbildung und Karrierechancen, sowie nach ihrem Selbstverständnis und Prestige, ihrem Organisationsverhalten und ihren sozio-politischen Orientierungen. Allerdings wurden sie von anderen Differenzierungslinien stark überlagert; zweifellos stachen sie auch quantitativ und qualitativ von deutschen Parallelen ab. Doch seit dem späten 19. Jahrhundert traten sie allmählich zunehmend ins Bewußtsein der Zeitgenossen; sie besaßen vielfältige soziale Bedeutung und können durch mühsames Verfolgen von Einzelheiten in nur indirekt relevanten Quellenbereichen auch für die Jahrzehnte vor 1930 studiert werden.

## II

Im Folgenden soll zur Erhellung der noch sehr dunklen Geschichte dieser sozialen Schicht beigetragen werden, jedoch mit Beschränkung auf die Dekade nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Bisher für die Geschichtsschreibung des New Deal noch kaum benutzte Quellenbestände – das Rohmaterial aus den ersten Meinungsumfragen der Gallup- und Roper-Institute – sollen nebst anderen Quellen dazu dienen, einige soziale und politische Einstellungen der Angestellten, in Abgrenzung zu Arbeitern und Selbständigen, zu beschreiben. Ein – aufgrund der Grenzen des vorliegenden Materials äußerst generelles und im einzelnen sicher ungenaues – sozio-politisches Profil der angestellten Mittelschichten soll für jene Zeitspanne skizziert werden, die aus Quellengründen als erste für ein solches Unternehmen geeignet ist. Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt der Überlegungen: einmal die nach der sozialen Basis des New Deal, also jener pragmatischen, vorsichtigen Reformpolitik, die, als Reaktion auf die Erschütterung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Krise ab 1929, gemäßigt-progressive Wirtschaftslenkungsmaßnahmen und Sozialinterventionen durchsetzte, dadurch das bestehende privatkapitalistische System modernisierte, vor radikaleren Infragestellungen bewahrte und die ohnehin seit dem späten 19. Jahrhundert sichtbaren Tendenzen zum Organisierten Kapitalismus beschleunigte, zugleich aber – ohne Aufgabe der liberal-demokratischen Traditionen – einige der schlimmsten Auswirkungen einer tiefgreifenden Krise teilweise zu überwinden half und sozialstaatliche Leistungen vollbrachte, die im zentral-europäischen Kontext, wenigstens z. T., als sozialdemokratisch zu bezeichnen wären<sup>24</sup>. Wie verhielt sich der durchschnittliche Angestellte gegenüber dieser Re-

<sup>24</sup> Als beste Zusammenfassung vgl. W. E. Leuchtenburg, Franklin D. Roosevelt and the New Deal, New York 1963; unter starker Berücksichtigung sozialhistorischer Teilaspekte immer noch äußerst brauchbar: D. Wecter, The Age of the Great Depression 1929–1941, New York 1948; einflußreich innerhalb der vorherrschenden New-Deal-freundlichen, „liberalen“ Interpretation: A. M. Schlesinger, Jr., The Age of Roosevelt (Bd. 1: The Crisis of the Old Order, 1919–1933; Bd. 2: The Coming of the New Deal; Bd. 3: The Politics of Upheaval),

formpolitik einer Regierung, deren Leiter sich kurz nach der Wahl – schon damals, aber erst recht nach 1934/35 zutreffend – als „slightly left of the center“ definierte?<sup>25</sup> Gehörte die Mehrzahl der Angestellten zur sogenannten „Roosevelt-Koalition“ oder nahm sie Teil an dem oft angedeuteten aber noch kaum substantiierten „middle-class backlash“ gegen den New Deal?<sup>26</sup>

Zum andern interessiert die Frage nach Ähnlichkeiten und Unterschieden zur deutschen Entwicklung. Bekanntlich gehörten die deutschen Angestellten – neben Bauern und „altem Mittelstand“ und in schroffem Gegensatz zu der Arbeiterschaft – zu jenen sozialen Gruppen, die überproportional unter den Mitgliedern und den Wählern der NSDAP vertreten waren. Auf einer langen Tradition fußend, halfen sie unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise mit, das rechts gerichtete Protestpotential in der deutschen Bevölkerung zu vergrößern und zu radikalisieren, ohne das der Faschismus nicht zur Macht gekommen wäre<sup>27</sup>. Wie verhielten sich die amerikanischen Angestellten unter einer, wie zu zeigen sein wird, ökonomisch sehr ähnlichen Bedrohung und Herausforderung? Solch vergleichende Fragestellungen können zu der für die Erforschung präfaschistischer Strukturen und Prozesse wichtigen Problematik Aufschluß geben, ob, verkürzt gesprochen, das Faschismus fördernde, rechtsgerichtete Protestpotential der deutschen Angestellten ein (verschärfter) Sonderfall einer generellen sozialhistorischen Entwicklung war, nämlich: der Bedrohung von Mittelschichten durch fortschreitende Industrialisierung und Mo-

---

Cambridge, Mass. 1957 ff. (hier zitiert nach Centry Edition 1966). – Als Beispiele einer kritischeren Interpretation, die die konservativen, systemerhaltenden, anti-radikalen Züge des New Deal betont: P. K. Conkin, *The New Deal*, New York 1967; E. J. Bernstein, *The New Deal, The Conservative Achievement of Liberal Reform*, in: ders. (Hrsg.), *Towards a New Past*, New York (1967) 1969, S. 263–288. Die bisher beste, jedoch wenig detaillierte und für die Frage der Angestelltenposition kaum etwas hergebende Untersuchung zur sozialen Basis der New-Deal-Politik: S. Lubell, *The Future of American Politics*, New York 1951.

<sup>25</sup> Wecter, a. a. O., S. 53.

<sup>26</sup> Davon spricht der ansonsten höchst interessante Artikel von St. Morris, *The Wisconsin Idea and Business Progressivism*, in: *Journal of American Studies* 4 (1970), S. 60. Material zur Opposition im Großbürgertum: G. Wolfskill, *The Revolt of the Conservatives*, Boston 1962; ders., *All, but the People*, New York 1969; im „alten Mittelstand“: Schlesinger, *The Politics of Upheaval*, S. 69 ff.; E. D. Hawley, *The New Deal and the Problem of Monopolies*, Princeton 1966, S. 81–85, 134–136 und pass.

<sup>27</sup> Vgl. Th. Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932 (Neudr. Darmstadt 1967), S. 109–122; A. Rosenberg, *Der Faschismus als Massenbewegung*, in: O. Bauer u. a., *Faschismus und Kapitalismus*, Frankfurt 1967, S. 75–141; W. Schäfer, *NSDAP, Entwicklung und Struktur der Staatspartei des 3. Reiches*, Marburg 1957, S. 17; M. H. Kater, *Zur Soziologie der frühen NSDAP*, in dieser Zeitschrift 19 (1971) S. 124–159; S. M. Lipset, *Political Man*, Garden City/New York (1959) 1963, S. 158 ff.; D. Eichholtz, *Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1963, T. III, S. 126; K. D. Bracher, *Die deutsche Diktatur*, Köln/Berlin (1969), 3. Aufl. 1970, S. 201. Zu den Bauern: R. Heberle, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus*, Stuttgart 1963; zu den Handwerkern jetzt: H. A. Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus*, Köln 1972; und allgemein: ders., *Extremismus der Mitte?*, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 175 ff.

dernisierung, insbesondere durch damit notwendig verbundene Nivellierung und Statusverlust; oder ob dieses Protestpotential eher in Kategorien der Besonderheiten deutscher Geschichte zu erklären ist<sup>28</sup>. Aufgrund dieser beiden Fragestellungen wird im Folgenden vor allem zu prüfen sein, inwieweit rechtsgerichtete Strömungen und Proteste in den Gruppen der amerikanischen Angestellten während der 30er Jahre auftraten.

## III

Die Härte der amerikanischen Depression blieb kaum hinter der deutschen zurück, nimmt man einige jener objektiven Faktoren als Vergleichsmaßstäbe, die für die Lebenssituation der breiten Bevölkerung vor allem wichtig waren.

Tabelle 1: Beschäftigungsstand und Arbeitslosigkeit in den USA und Deutschland 1929 bis 1938<sup>29</sup>

	(a)		(b)		(c)		(d)		(e)		(f)		(g)		(h)	
	Beschäftigte Arbeitnehmer (1929 = 100)		Geleistete Arbeitsstunden (1929 = 100)		USA		Dtl.		USA		Dtl.		USA		Dtl.	
	USA	Dtl.	USA	Dtl.	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
1929	100,0	100,0	100,0	100,0	1550	3,2	1899	9,3								
1930	94,3	93,3	—	83,5	4340	8,7	3076	15,3								
1931	86,7	81,5	—	66,4	8020	15,9	4520	23,3								
1932	78,7	71,4	53,7	53,8	12060	23,6	5576	30,1								
1933	79,5	74,0	56,9	61,5	12830	24,9	4804	26,3								
1934	85,4	85,5	61,1	80,6	11340	21,7	2718	14,9								
1935	88,1	90,6	67,9	88,4	10610	20,1	2151	11,6								
1936	93,0	97,2	77,5	99,4	9030	16,9	1593	8,3								
1937	96,7	104,3	82,2	110,8	7700	14,3	912	4,6								
1938	90,4	110,9	62,2	118,8	10390	19,0	430	2,1								

<sup>28</sup> Die Forschung neigt häufig, oft implizit, zur ersten Alternative; vgl. S. M. Lipset, „Fascism“ – Left, Right and Center, in: ders., *Political Man*, S. 127–179, dt. in: E. Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln/Berlin 1967, S. 449–491; W. Sauer, *National Socialism: Totalitarianism or Fascism?*, in: *American Historical Review* 73 (1967/68), S. 410, 417; im Ansatz schon: M. Victor, *Verbürgerlichung des Proletariats und Proletarisierung des Mittelstandes*, in: *Die Arbeit* 8 (1951), S. 30f.; und noch bei: Bracher, *Die deutsche Diktatur*, S. 166–174, bes. S. 173; R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 425, 430.

<sup>29</sup> Spalten a) und b): *International Labour Office, Year-Book of Labour Statistics*, Genf 1939, S. 24f.; Spalten c) und d): ebda., S. 28 (nur Lohnempfänger); Spalten e) bis h): *United Nations, Statistical Yearbook*, 1948, Bd. 1, New York 1949, S. 84. – Die Zahlen stammen aus den Berechnungen des U.S. Bureau of Labor Statistics und des International Labour Office. Vgl. zu ihrer Problematik: *Labor Force, Employment and Unemployment 1929–39, Estimating Methods*, in: *Monthly Labor Review* 67 (1948), S. 50–53.

Aus Tabelle 1 geht hervor: Während die Zahl der gearbeiteten Stunden von 1929 bis 1932 in den USA sogar etwas stärker abgefallen zu sein scheint als in Deutschland, sank hier die Zahl der Beschäftigten etwas tiefer – ein Hinweis auf die größere Verbreitung von Kurzarbeit, von *work-sharing*, in den ohne adäquate Arbeitslosenversicherung von der Krise getroffenen USA. Wenn die Arbeitslosenziffer 1932 in Deutschland 30,1%, in den USA nur 23,6% erreichte, so stimmt dies mit den Beschäftigungsstandzahlen überein, wenn man die verschiedene Ausgangslage 1929 in Rechnung stellt (Deutschland: 9,3%, USA: 3,2% Arbeitslose). Alle Indices zeigen die raschere Erholung Deutschlands ab 1933 und den Rückfall der amerikanischen Entwicklung im Jahre 1938, der im rüstenden Deutschland keine Parallele hatte.

Folgt man den Berechnungen von G. Bry und stellt fest, daß der Rückgang der Reallöhne von 1929 bis 1932 sowohl in Deutschland wie in den USA zwischen 14

Tabelle 2: Reallöhne (Wochenverdienste) in den USA und Deutschland 1913–38 (1913 = 100)<sup>80</sup>

	USA	Deutschland
1913	100	100
1926	125	90
1927	129	97
1928	131	108
1929	132	110
1930	125	105
1931	123	100
1932	112	94
1933	116	98
1934	124	102
1935	132	103
1936	141	106
1937	151	109
1938	142	114

und 15% betrug, so ist zugleich auch die unterschiedliche Reallohnentwicklung von 1913 bis 1929 in das Bild einzubeziehen: die Krise traf die USA nach einer Periode erfolgreicher Vergrößerung der Arbeitnehmerkaufkraft, hinter der der deutsche Verlauf, von Kriegsfolgen, Inflation und anderen Faktoren beeinflusst, weit zurück-

<sup>80</sup> G. Bry, *Wages in Germany 1871–1945*, Princeton 1960, S. 467. Als informative Übersicht über die Lage der amerikanischen Arbeitnehmer in der Depression: W. Bowden, *Labor in Depression and Recovery, 1929–1937*, in: *Monthly Labor Review* 45 (1934), S. 1045–1081. Vergleicht man die Schätzungen des realen Volkseinkommens (pro Kopf der Bevölkerung) (nach Bry, a. a. O., S. 25), so erscheint das Ausmaß der Depression in den U.S.A. sogar größer als in Deutschland. Zu diesem Schluß kommt Kroll, indem er Veränderungen des Volkseinkommens und besonders der Industrieproduktion in den Mittelpunkt rückt; vgl. Gerhard Kroll, *Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur*, Berlin 1958, S. 98. Mit Blick auf Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust der Massen ist jedoch die Ähnlichkeit der Krise in beiden Ländern zu betonen.

geblieben war. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des New Deal trieb die Reallöhne schon 1935 wieder auf den Vor-Depressionsstand, während dies die investitions- und rüstungsorientierte NS-Politik erst 1938 fertigbrachte. Gemessen an diesen sozial bedeutsamsten unter den quantifizierbaren ökonomischen Indices, erreichte der wirtschaftliche Rückgang in beiden Ländern eine ähnliche Intensität (vgl. Tabelle 2).

Die amerikanischen Angestellten wurden von der Krise schwer getroffen, wenn in der Regel auch etwas später und im Ganzen etwas weniger hart als die Arbeiter. Die Statistik eines stark industrialisierten Einzelstaates, der in der Krise ein wenig besser als der Durchschnitt Gesamtamerikas fuhr, erlaubt einige repräsentative Vergleiche: Von 1929 bis 1932 ging in Ohio die Zahl der Lohnarbeiter um 39,6%, die Zahl der „Buchhalter, Stenographen und Büroangestellten“ um 20,1%, der kaufmännischen Angestellten um 25,6% zurück. Das durchschnittliche nominale Jahreseinkommen der weiterhin Beschäftigten sank bei denselben Gruppen um 32,7%, 17,1% und 26,2%<sup>51</sup>. Nach Wirtschaftsabteilungen verteilte sich der Rückgang folgendermaßen:

Tabelle 3: Rückgang von Beschäftigungsstand und Pro-Kopf-Einkommen (Jahresdurchschnitt) in Ohio 1929–1932 in % des Standes von 1929<sup>51</sup>:

	Beschäftigte Arbeitnehmer	Lohn und Gehalt
Landwirtschaft	11,5	31,9
Bauwesen	65,0	38,8
Industrie und Handwerk	42,8	30,0
Verkehr und Energie	26,8	13,2
Handel	17,7	18,0
Dienstleistungen	9,6	22,4

An der durch Mindestlohn- und Höchstarbeitszeit-Bestimmungen unterstützten Erholung ab Anfang 1933 nahmen die Arbeiter andererseits in größerem Maße teil als die Angestellten (vgl. Tabelle 4).

1937, als die Erholung weiter fortgeschritten war und „nur“ noch ca. 15% Arbeitslose gezählt wurden, befanden sich unter diesen noch 1,17 Millionen An-

<sup>51</sup> Monthly Labor Review 58 (1934), S. 159. Die Zahlen fußen auf den jährlichen Erhebungen des Statistischen Amtes von Ohio, das mit Fragebögen an 42 000 (1929) bzw. 39 000 (1932) Unternehmen mit ca. 1,3 Mill. (1929) bzw. 0,8 Mill. (1932) Beschäftigten herantrat. 1929 waren darunter 168 000 Buchhalter, Stenographen und Büroangestellte sowie 87 000 kaufmännische Angestellte (1932: 134 000 und 65 000). Leitende Angestellte wie „officials“ (Mitglieder des Aufsichtsrats und Vorstands vor allem), „superintendents“ und „managers“ sind in den Einkommenszahlen nicht einbezogen, „officials“ auch nicht in den Beschäftigungszahlen. Die Jahresdurchschnitte resultierten bei der Beschäftigung direkt aus den Angaben der Unternehmen, bei den Einkommen aus der einfachen Division der jährlichen Gesamtlohn- bzw. Gesamtgehaltssummen (wie von den Unternehmen angegeben) durch die Beschäftigungsjahresdurchschnittszahlen.

Tabelle 4: Beschäftigungsstand und Pro-Kopf-Einkommen (Jahresdurchschnitte) in Ohio 1933 und 1934<sup>32</sup>

	Beschäftigung			Einkommen		
	%-Steigerung 1933-34	Index 1926 = 100 1933	1934	%-Steigerung 1933-34	Index 1926 = 100 1933	1934
1. Lohnarbeiter	16,7	68,3	79,7	11,6	66,1	73,8
2. Büroangestellte etc.	8,5	89,7	97,3	2,8	84,7	87,1
3. Kaufmännische Angestellte	7,6	97,1	104,5	5,9	65,7	69,6
1.-3.	14,7	72,7	83,4	9,2	69,4	75,8

gestellte (622 000 Männer und 548 000 Frauen). Das entsprach 9,5% der Angestellten (8,8% bei den Männern und 10,5% bei den Frauen) insgesamt<sup>33</sup>.

Die geringere Entlassungsquote bei den Angestellten resultierte aus ihrer stärkeren Vertretung in weniger hart getroffenen Wirtschaftszweigen, der weniger direkten Abhängigkeit ihrer Tätigkeiten von Marktschwankungen und der vielfach motivierten Tendenz von Unternehmensleitungen, mittlere und höhere Angestellte auch dann nicht zu entlassen, wenn sie vorübergehend mehr kosteten als einbrachten (sofern diese profitwidrige Situation nicht zu lange dauerte). Zudem spielte die größere Arbeitsplatzsicherheit des öffentlichen Dienstes eine Rolle. In Deutschland war die Arbeitslosigkeit unter Arbeitern ebenfalls größer als unter Angestellten<sup>34</sup>.

Zwar setzten die meisten amerikanischen Unternehmensleitungen die Gehaltsätze früher und stärker herab als die Lohnsätze<sup>35</sup>. Bei den tatsächlichen Verdiensten

<sup>32</sup> Monthly Labor Review 42 (1956), S. 715. Leider reichen die verfügbaren Zahlen nicht hin, um durchgehende Reihen für die 30er Jahre wiederzugeben. Daß einzelne Angestellten- und einzelne Regionen sehr viel härter betroffen waren, ist klar. Vgl. die Einzelbeispiele bei L. Corey, *The Crisis of the Middle Class*, New York 1935, S. 256 f.

<sup>33</sup> Arbeitslosenzahlen (1937) nach U.S. Bureau of Census, *Census of Partial Employment, Final Report on Total and Partial Unemployment*, U.S. Summary, Washington 1938, S. 5. Diese Ziffern umfassen die durch öffentliche Notstandsarbeiten Beschäftigten, aber nicht die Teilbeschäftigten. Gesamtbeschäftigungszahlen von 1940 nach D. L. Kaplan und M. C. Casey, *Occupational Trends in the United States 1900 to 1950* (U.S. Bureau of the Census, Working Paper No. 5), Washington 1958, S. 6. Eine für obige Zwecke unbedeutende Ungenauigkeit ergibt sich aus dem dreijährigen Unterschied und den nicht ganz identischen Definitionsentscheidungen der beiden Statistiken. Sowohl für 1937 wie 1940 gilt, daß in den amerikanischen Zahlen einige Selbständig-Freiberufliche eingeschlossen, sowie Meister, leitende Angestellte und hohe Beamte nicht miteinbegriffen sind.

<sup>34</sup> Die größere Arbeitsplatzsicherheit von Angestellten drückt sich in ihrem in Depressionsjahren steigenden Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl aus; vgl. dazu oben Anm. 3.

<sup>35</sup> Im Frühjahr 1932 hatten von 1718 befragten Privatunternehmen 1383 die Gehaltsätze der leitenden Angestellten, 1391 die der anderen Angestellten und 1195 die Lohnsätze der Arbeiter gekürzt. Vergleicht man die Durchschnitte, so nahmen die Gehaltsätze der leitenden 1929 bis März/Mai 1932 um 14,9%, die der anderen Angestellten um 13,1% und die Lohnsätze um 11,1% ab. Bei den Gehältern nahmen die Reduktionen mit der Höhe zu; nach: National Industrial Conference Board, *Salary and Wage Policy in the Depression*, New York 1932, S. 48, 56.



fielen die Arbeiter jedoch weiter zurück als die Angestellten, da ihre Löhne viel direkter und quantifizierbarer von den erbrachten Leistungen, der Produktion und damit dem Markt abhingen. Für Akkordarbeiter und Stundenlöhner schlug eben Kurzarbeit ganz anders zu Buch als für den Angestellten im Wochenlohn oder Monatsgehalt. Wenn die Lohn-Gehalts-Differenz in der amerikanischen Industrie wie in der deutschen 1929 bis 1932 wuchs, so setzte, wie bereits angedeutet, mit der allmählichen Erholung eine schrittweise Angleichung der amerikanischen Arbeiter- und Angestelltenverdienste ein, die nur im Krisenjahr 1938 unterbrochen wurde und die im nationalsozialistischen Deutschland kaum eine Parallele hatte.

Tabelle 5: Verhältnis zwischen Arbeiter- und Angestelltenverdiensten (Jahresdurchschnittswerte pro Kopf) in der amerikanischen und deutschen Industrie 1929, 1932, 1937:

	USA <sup>86</sup>	Deutschland <sup>87</sup>
1929	1 : 2,05	1 : 1,54
1932	1 : 2,52	1 : 2,09
1937	1 : 1,94	1 : 1,91

Während die durchschnittliche Lohn-Gehalts-Differenz in Deutschland bereits vor 1929 bedeutend zusammengeschmolzen<sup>88</sup>, vielleicht auch nie so ausgeprägt ge-

<sup>86</sup> Jahres-pro-Kopf-Verdienste in der amerikanischen Industrie 1929-1938 (in laufenden Dollar):

	(a) Arbeiter (wage earners)	(b) Angestellte (salaried employees)	(a) : (b)
1929	1299	2669	2,05
1930	1208	2679	2,21
1931	1084	2527	2,33
1932	879	2219	2,52
1933	853	2102	2,46
1934	942	2141	2,27
1935	1014	2177	2,15
1936	1081	2221	2,13
1937	1180	2294	1,94
1938	1089	2247	2,06

Die Zahlen beziehen sich auf „manufacturing industries“, d. h. ausschließlich Bauwesen und Bergbau; errechnet nach Kuznets, National Income, S. 576-604.

<sup>87</sup> Errechnet aus Wirtschaft und Statistik 19 (1939), S. 296, 299. Auf gesamte Industrie bezogen, also einschließlich Bergbau und Bauwesen. Dieser Unterschied in der Vergleichsbasis dürfte jedoch in bezug auf die Frage nach dem durchschnittlichen Lohn-Gehalt-Abstand keine Verzerrung bedeuten.

<sup>88</sup> Vgl. M. Victor, a. a. O., S. 17-31.

wesen war wie in den USA<sup>39</sup>, nahm sie unter der hierarchie-bewußten und insofern den Angestelltenwünschen tatsächlich entgegenkommenden nationalsozialistischen Lohnpolitik sehr viel weniger ab als in Roosevelts Amerika, wo der Markt unter den Bedingungen zögernder Erholung stand, wo wirtschaftspolitische Eingriffe und der zunehmende Druck der Gewerkschaften die Löhne den Gehältern annäherten, erst recht in der die Arbeitslosigkeit vertreibenden Rüstungskonjunktur ab 1939 und im Zweiten Weltkrieg<sup>40</sup>. Dieser deutsch-amerikanische Unterschied entspricht einer allgemeineren Tendenz: Von 1928/29 bis 1936 verschärfen sich in Deutschland die Ungleichheiten in der Einkommensverteilung, während sie sich in den USA abschwächen<sup>41</sup>.

Die ökonomische Krise, die im Winter 1932/33 ihren Höhepunkt erreichte, erschütterte das traditionell hohe Ansehen der amerikanischen Wirtschaftsführer, Bankiers und Industriellen, auf das schwerste<sup>42</sup>. Sie führte zu punktuellen Protestaktionen, besonders unter den durch Preisrückgang hart getroffenen, schon seit dem Ersten Weltkrieg an landwirtschaftlicher Überproduktion leidenden Bauern. Bei der Organisation von Arbeitslosen-Räten und Hungermärschen versuchten, hier und dort erfolgreich, Kommunisten die Führung zu übernehmen und die Radikalisierung der städtischen Massen voranzutreiben. Hungerdiebstähle, Barrikaden auf Landstraßen, einzelne Gewaltaktionen gegen Richter, Gläubiger und Auktionäre, die gewaltsame Vertreibung von ca. 20 000 Weltkriegsveteranen durch die Armee aus Washington, wo sie sich in Behelfsunterkünften für einige Wochen im Juni/Juli

<sup>39</sup> Die Verdienstunterschiede zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern waren und sind in den USA höher als in europäischen Ländern. Dies zeigt mit großer Deutlichkeit für 1926/28: Otto Albrecht, Die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs in den Vereinigten Staaten und in Deutschland, Wirtsch.- und soz.-wiss. Diss. Frankfurt 1937, S. 78 ff.; für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg vgl. A. Sturmtal (Hrsg.), *Contemporary Collective Bargaining in Seven Countries*, Ithaca, N. Y. 1957, S. 335. Lipset (*The First New Nation*, S. 207–212) setzt diese amerikanische Sonderstellung u. a. mit der geringeren Wirksamkeit askriptiver Unterschiede (etwa nicht finanziell ausgedrückter Statusunterschiede) in der amerikanischen Gesellschaft in Beziehung. Wenn sich herausstellte, daß die Verdienstdifferenzen zwischen Arbeitern und Angestellten schon vor den Einwirkungen des Weltkrieges und der Inflation (1923) in Deutschland geringer waren als in den USA, so würde dies in denselben Zusammenhang gehören.

<sup>40</sup> Bekanntlich sah der National Industrial Recovery Act von 1933 die Festsetzung von Mindestlöhnen, nach Industriezweigen verschieden, vor, vgl. Hawley, *The New Deal*, S. 19 ff. Eine Analyse der entsprechenden „codes“, die darüber hinaus Bestimmungen über Arbeitszeit u. a. enthielten und von Unternehmer- und Arbeitervertretern unter lockerer Staatsaufsicht ausgearbeitet wurden, zeigt, daß schon diese Steuerungsmaßnahmen eine Tendenz zur Angleichung von Löhnen und Gehältern enthielten; vgl. M. H. Schoenfeld, *Analysis of the Labor Provisions of N.R.A. Codes*, in: *Monthly Labor Review* 40 (1935), S. 574–605, bes. S. 579 ff. – Langzeitreihen über Lohn- und Gehaltsentwicklungen in und nach dem 2. Weltkrieg in den U.S.A.: Burns, *The Comparative Economic Position*, S. 260 f.

<sup>41</sup> Zu diesem Resultat führt ein hier nicht abgedruckter, mit Hilfe der Lorenz-Kurve durchgeführter Vergleich der Einkommenschichtungen; Quellen: *Wirtschaft und Statistik* 19 (1959), S. 660, und U.S. Bureau of Census, *Historical Statistics*, S. 166.

<sup>42</sup> Vgl. Th. T. Cochran, *The History of a Business Society*, in: *Journal of American History* 54 (1967), S. 15–18.

1932 einquartiert hatten, um dem Kongreß gegenüber ihre Forderung auf vorzeitige Entschädigungsauszahlungen zu unterstützen – solche Ansätze zum Massenprotest lösten in der Öffentlichkeit einige Diskussionen darüber aus, ob das Land vor der Revolution stünde oder gar einen Diktator brauche<sup>43</sup>. Doch im Ganzen blieb die Stimmung bemerkenswert unrevolutionär; Hoffnung und Geduld, Pessimismus und Resignation waren für die übergroße Mehrheit der Amerikaner sehr viel typischer als die Bereitschaft zur Rebellion, als die Forderung nach Wandel oder die Infragestellung der Herrschenden bzw. des Herrschaftssystems selbst.

Die Erfahrung des massenhaften Elends traf in den USA nicht wie in Deutschland auf eine durch größere Knappheit von jeher, aber besonders durch Krieg, Niederlage und Inflation geprägte, in breiten Kreisen wirksame Tradition der Unsicherheit, Enttäuschung und Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit des Systems. Besonders in den ersten Jahren der Krise erwarteten die meisten eine baldige Erholung, so wie auch die Depression von 1919/20 vorübergegangen war<sup>44</sup>. Zudem hinderten die in der amerikanischen Bevölkerung tief verwurzelten Glaubenssätze über die Verantwortung des einzelnen für seinen ökonomischen und sozialen Erfolg, über die Möglichkeit, durch Leistung und Arbeit tatsächlich voranzukommen und im Wettbewerb bestehen zu können, viele daran, ihre Misere als kollektive zu erkennen oder gar zu bekämpfen. Längere Arbeitslosigkeit, Verarmung und Deklassierung wurden deshalb häufig im stillen auf das eigene Versagen statt auf sozioökonomische oder politische Zusammenhänge zurückgeführt<sup>45</sup>. Wenn sich Proteste – je länger desto mehr – dennoch entwickelten und sich Aggressionen nach außen wandten, dann richteten sie sich, im Gegensatz zu Deutschland, nicht so sehr gegen den Staat, von dem der durchschnittliche Amerikaner ohnehin wenig erwartete, der objektiv und im Bewußtsein der vielen die Funktionen der kollektiven Daseinssicherung noch kaum übernommen hatte und wegen Erfolglosigkeit bei ihrer Ausführung deshalb auch nicht diskreditiert werden konnte. Das Fehlen sozialer Organisationsformen (etwa einer fundamental-kritischen Arbeiterbewegung), die ein Protestpotential schnell hätten ausdrücken können, sowie die Stabilität eines Regierungssystems, das nach zwölf Jahren Republikaner-Herrschaft – ganz im Gegensatz zur Weimarer Republik – eine unverbrauchte Alternative innerhalb des Systems anzubieten hatte,

<sup>43</sup> Vgl. z. B. G. R. Leighton, *And If the Revolution Comes ...?*, in *Harper's Monthly Magazine* 164 (März 1932), S. 466–76; D. Wecter, a. a. O., S. 56 ff. und 16; Die Londoner Versicherungsfirma Lloyd's verkaufte 1950/51 erstmals „riot and civic commotion insurance“ an Amerikaner. Weiterhin: Leuchtenburg, a. a. O., S. 18 ff., 25, 23 f., 30 f., 74, 78.

<sup>44</sup> Vgl. D. W. Whisenunt, *Texas in the Depression 1929–1933, A Study of Public Reaction*, *Histor. Diss.*, Texas Technological College 1966, der in seiner gründlichen Regionaluntersuchung (S. 44 ff.) herausarbeitet, wie lange optimistische Grundhaltungen, durch Stellungnahmen der Politiker unterstützt, in der Bevölkerung vorherrschten.

<sup>45</sup> Vgl. E. W. Bakke, *The Unemployed Worker*, New Haven 1940, S. 25–26; M. Komarovsky, *The Unemployed Man and His Family*, New York 1940, S. 23–27; J. C. Furnas u. a., *How America Lives*, Oxford 1941, S. 3. Vgl. dagegen die ganz andersartigen Reaktionen in: M. Jahuda u. a., *Die Arbeitslosen von Marienthal* (1933), Neuaufl. Allensbach 1960, bes. S. 80–100.

trugen ebenfalls zu der für den deutschen Beobachter erstaunlich ruhigen, protestarmen Haltung der amerikanischen Bevölkerung in der Krise bei<sup>46</sup>.

Tatsächlich standen der neuen demokratischen Regierung systemkonforme Instrumente zur Krisenbewältigung zur Verfügung, die zwar, wie sich herausstellen sollte, nicht ausreichten, ohne Rüstung und Krieg die Arbeitslosigkeit zu überwinden und dem Wirtschaftswachstum seine alte Geschwindigkeit wiederzugeben, die aber den von der Depression Betroffenen jeweils partielle Besserung und vor allem Hoffnung geben konnten. Solche Instrumente (wie gesetzliche Sozialversicherung, Anreize zur gewerkschaftlichen Organisation, Arbeitsgesetzgebung, Wohnungsprogramme, staatliche Leitung der zentralen Finanz- und Geldpolitik, usw.) standen in den USA bis dahin noch kaum zur Verfügung, waren unverbraucht und nicht diskreditiert, während sie im deutschen System, seit Jahrzehnten zur Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft benutzt, ausgeschöpft schienen und den Entscheidungsträgern wie den Massen keine Hoffnung mehr vermitteln konnten. Die länger vorhandene (relative) Selbstregulierungsfähigkeit des amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, die amerikanische Verspätung bei der Entwicklung vom liberalen Wettbewerbskapitalismus zum Organisierten Kapitalismus, war dafür verantwortlich, daß 1933 in den USA Reserven zur reformerischen Stabilisierung des Systems mobilisiert werden konnten, die im sozialstaatlich-staatsinterventionistischen Deutschland längst verbraucht worden waren<sup>47</sup>.

1934 jedoch, als die ersten Erfolge des New Deal ebenso sichtbar geworden waren wie seine Grenzen, nahm die Manifestation der auf Veränderungen drängenden Unzufriedenheiten zu, aber auch die Abwehr der konservativen Eliten wurde starrer<sup>48</sup>. Protestpolitiker wie Coughlin, Townsend und Gerald Smith, wie Floyd Olson, Huey Long und Upton Sinclair stellten den New Deal von Positionen aus in Frage, die sich für Beobachter und Historiker meist der klaren Einordnung in Kategorien „rechts-links“ entzogen und entziehen. Die Gewerkschaftsbewegung gewann neue Mitglieder in bisher kaum organisierten Industrien und Arbeiterschichten und

<sup>46</sup> Vgl. das Interview mit dem Psychiater D. F. Rossmann, in: St. Terkel, *Hard Times, An Oral History of the Great Depression*, New York 1970 (jetzt auch dt. als: *Der große Krach*, 1972), S. 80f., das diese Grundstimmung wiedergibt und mit der völlig veränderten Atmosphäre zu Ende der 60er Jahre vergleicht. Ähnliche Aussagen ebda., S. 77, 86, 92, 196f. Eine plastische Beschreibung der Stimmung der „American middle class“ (vom praktischen Arzt über den Bankangestellten bis zum Facharbeiter) Ende 1931, in: G. W. Johnson, *The Average American and the Depression*, in: *Current History* 35 (1932), S. 671–675; Leuchtenburg, a. a. O., S. 26, mit weiteren Quellen.

<sup>47</sup> Eine Übersicht über die Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung des New Deal bei W. Mitchell, *Depression Decade* (1947), New York 1969.

<sup>48</sup> Wie sehr unter Intellektuellen, die zunehmend nach links rückten, der zunächst vorherrschende Glaube an die Wirkung der New-Deal-Reformen Mitte 1934 weitgehender Enttäuschung gewichen war, zeigt die Sammlung von Artikeln aus „Common Sense“: A. M. Bingham und S. Rodman (Hrsg.), *Challenge to the New Deal*, New York 1934. Zu Überlegungen und Ansätzen, eine dritte „radical“ Partei in der „progressive“ Tradition mit starken sozialdemokratischen Einschlägen zu gründen, die auch innerhalb der AFL diskutiert wurden und im Mittelwesten (Minnesota, Wisconsin) am weitesten gediehen, vgl. ebda., S. 250–255, 275–280.

radikalisierte ihre Forderungen und Kämpfe in begrenztem Ausmaß. Streiks wurden häufiger, in Angriff und Abwehr gewalttätiger. Die Gründung des Congress of Industrial Organization (CIO) signalisierte eine Ausweitung und (begrenzte) Militanz, die in den traditionellen Organisationsformen der American Federation of Labor (AFL) nicht ausgetragen werden konnten. Die Reaktion der herausgeforderten Unternehmer war zwar uneinheitlich, führte aber punktuell zur Errichtung von anti-radikalen Bürgerwehren, zur immer lautereren Warnung vor Klassendenken und Klassenkampf und zunehmend zur Kritik an Roosevelt, dessen arbeiterfreundliche Politik und bescheidene, den freien Wettbewerbskapitalismus modernisierende Reformen auf immer stärkeren Widerstand der Unternehmer und Wohlhabenden trafen. Zweifellos fand im Bewußtsein der Zeitgenossen ein Prozeß relativer klassengesellschaftlicher Polarisierung ab 1934 statt, in dem Roosevelts Politik der „all-class alliance“ nicht überlebte. Im sogenannten Zweiten New Deal, der mit einer neuen Welle regierungsinizierter Reformgesetze begann, schlug sich Roosevelt entschiedener als bisher auf die Seite der Bewegungskräfte. Die städtischen Massen, die Empfänger geringer Einkommen, die nicht-alteingesessenen ethnischen Gruppen, die Neger und die organisierte Arbeiterschaft gehörten bei seinem Sieg von 1936 zu seinen klarsten Anhängergruppen, doch erhielt er auf diesem Höhepunkt seiner Macht auch viele Stimmen aus wohlhabenderen Kreisen<sup>49</sup>. Die zunehmende Entschlossenheit der Gewerkschaften, die sich in den weithin mißbilligten, und nach Meinung vieler durch die Regierung nicht konsequent genug bekämpften *sit-down strikes* seit Ende 1936 ausdrückte; Roosevelts mißglückter Versuch, auf die Zusammensetzung des Supreme Court stärker als von der Verfassung vorgesehen Einfluß zu gewinnen, um dessen Widerstand gegen die New Deal-Gesetzgebung zu

<sup>49</sup> Zu den Politikern des Protests und der Gärung, die wie Townsend und Long den Präsidenten in Richtung einer entschiedeneren sozialstaatlichen Politik beeinflußt haben: Schlesinger, *The Politics of Upheaval*, S. 15–207. Zur Entwicklung in der Arbeiterschaft: I. Bernstein, *Turbulent Years*, Boston 1970, S. 92 ff. – Von den nicht-landwirtschaftlichen Arbeitnehmern waren 1930 11,7%, 1935 11,5%, 1935 13,4%, 1937 22,8% und 1939 28,9% organisiert (U.S. Bureau of Census, *Historical Statistics*, S. 98). 1930 fanden 657 Arbeitsniederlegungen oder Aussperrungen statt, 1933: 1695, 1935: 2014, 1937: 4740, 1939: 2613 (ebda., S. 99). Zum „Second New Deal“: Schlesinger, *The Politics of Upheaval*, S. 211–657; F. Freidel, in: A. L. Hamby (Hrsg.), *The New Deal*, New York 1969, S. 11–32, bes. 25 ff.; Leuchtenburg, a. a. O., S. 147–196. Zur sozialen Basis der Roosevelt-Koalition, die sich im Grundsatz bis in die 1960er Jahre als soziale Basis der Demokratischen Partei erhalten hat: Lubell, a. a. O., S. 78 f., 85, 232–234; R. S. Kirkendall, *The Great Depression*, in: J. Braeman u. a. (Hrsg.), *Change and Continuity in 20th-Century America*, Ohio State Univ. Press 1964, S. 167–174 (mit weiterer Literatur den sehr bescheidenen Forschungsstand über die soziale Basis der New-Deal-Politik referierend); W. F. Ogburn und E. Hill, *Income Classes and the Roosevelt Vote*, in: *Political Science Quarterly* 50 (1935), S. 186–193; W. F. Ogburn und L. C. Coombs, *The Economic Factor in the Roosevelt Elections*, in: *American Political Science Review* 34 (1940), S. 719; Terkel, *Hard Times*, S. 135. – Vgl. auch H. A. Winkler (Hrsg.), *Amerika und die große Krise, Vergleichende Studien zur Sozialgeschichte der Zwischenkriegszeit*, Göttingen (voraussichtl.) 1973 (mit Aufsätzen u. a. über die Anti-New-Deal-Bewegungen, über die Gewerkschaften in den 30er Jahren und zum Problem des „Organisierten Kapitalismus“ im New Deal).

bezingen; und schließlich der erneute Einbruch der Krise seit Sommer 1937 kosteten den Präsidenten einen großen Teil seiner Autorität gegenüber dem Kongreß und ließen die Reformgesetzgebung fast zum Stillstand kommen. Einerseits erhielt die konservative Forderung nach Rückkehr zur „Normalität“ der 20er Jahre Auftrieb, andererseits rührten sich radikale Gruppen auf der Rechten und Linken mehr als je seit Beginn der Krise und gaben konservativen Abgeordneten und Gruppen den Anlaß zu intoleranten Untersuchungen und Verketzerungen, die nicht selten eine Spitze gegen den zunehmend als potentiellen Diktator kritisierten Roosevelt enthielten<sup>50</sup>. Erst die Verschärfung der außenpolitischen Situation, die Bedeutungszunahme außenpolitischer und später militärischer Argumente in der politischen Auseinandersetzung, schließlich der Kriegsausbruch in Europa und die anlaufende Rüstungskonjunktur verhalfen dem zum drittenmal kandidierenden Roosevelt zum Sieg, der allerdings knapper ausfiel als 1936 und der eindeutiger als 1936 auf der Unterstützung der großen Städte und der niederen Einkommenschichten beruhte<sup>51</sup>.

Stärker als je zuvor unterschieden sich damit politische Meinungen und Verhaltensweisen nach „class lines“, wie amerikanische Autoren zu schreiben pflegen, nach sozioökonomischen Kriterien, die ethnische, kulturelle und religiöse Bestimmungsfaktoren des soziopolitischen Verhaltens weiter in den Hintergrund drückten. Damit setzte sich eine für die amerikanische Politik kennzeichnende, seit den 1890er Jahren erkennbare Entwicklung beschleunigt fort<sup>52</sup>. Dies reizte nicht nur zu ersten systematischen Untersuchungen des Einflusses von Einkommen, Beschäftigung, Klassenlage und anderen sozioökonomischen Faktoren auf das politische

<sup>50</sup> Vgl. S. Fine, *Sit-Down, The General Motors Strike of 1936-1937*, Ann Arbor 1969; Bernstein, a. a. O., S. 519 ff.; J. MacGregor Burns, *Roosevelt, The Lion and the Fox*, New York 1956, S. 291-478 zur New-Deal-Geschichte ab 1937; W. E. Leuchtenburg, *Franklin D. Roosevelt's Supreme Court 'Packing' Plan*, in: W. H. Droze u. a., *Essays on the New Deal*, Austin, Texas 1969, S. 69-115; zur Wiedererstarkung der konservativen Kräfte: Leuchtenburg, *Franklin D. Roosevelt*, S. 254, 275. – Eine ausführliche Übersicht über die meist zahlenmäßig unbedeutenden, aber lautstarken faschistischen oder faschistoiden Randgruppen bei D. S. Strong, *Organized Anti-Semitism in America*, Washington 1941; zuletzt S. M. Lipset und E. Raab, *The Politics of Unreason, Right-Wing Extremism in America, 1790-1970*, New York 1970, S. 150-208. Zum wachsenden Einfluß der Kommunisten im CIO: I. Howe und L. Coser, *The American Communist Party*, Boston 1957, bes. S. 368-386; J. G. Rayback, *A History of American Labor*, New York, 2. Aufl. 1966, S. 366 ff.; D. R. McCoy, *Angry Voices, Left-of-Center Politics in the New Deal Era*, Lawrence, Kansas 1958. Zum vor allem gegen Linke vorgehenden „House Committee on Un-American Activities“ vgl. A. R. Ogden, *The Dies Committee*, Washington 1945.

<sup>51</sup> Vgl. weiter unten und Kirkendall, *The Great Depression*, S. 170; Lubell, a. a. O., S. 51 ff., der für 1940 in den Städten einen monatlichen Mietzins von 45-60 Dollar als Grenze zwischen Roosevelt- und Landon-Wählern und bei Arbeitern wie bei reichen Republikanern „Klassenbewußtsein“ und „economic voting“ entdeckte.

<sup>52</sup> Diese langfristige Entwicklung ist Voraussetzung der Möglichkeit, auch in dem ethnisch und religiös so differenzierten sowie geographisch heterogenen Amerika nach sozioökonomischen Kriterien abgegrenzte Gruppen (wie Angestellte) als Untersuchungsgegenstände auszuwählen (jedenfalls fürs 20. Jahrhundert).

Denken und Handeln, zu Untersuchungen, wie sie in den späten 30er Jahren in den Meinungsbefragungen Gallups und Ropers verwirklicht wurden<sup>53</sup>. Mit diesen Veränderungen, aber auch mit dem wachsenden Verständnis für die kollektive Komponente der sozialen Probleme, die nicht mehr so unbedenklich wie früher in individuelle verkürzt werden konnten<sup>54</sup>, hing es zusammen, wenn sich die Aufmerksamkeit zeitgenössischer Beobachter nun ein wenig mehr auf die sozioökonomische Gruppe der *white collar workers* richtete als bisher.

Angestellten-Arbeitslosigkeit war als Massenphänomen neu; sie bedeutete, wie man in der öffentlichen Diskussion immer wieder andeutete, nicht nur Not, sondern auch, stärker als im Fall des Arbeiters, soziale Deklassierung von Mittelklassenangehörigen<sup>55</sup>. Auf den öffentlichen Fürsorgelisten blieben Angestellte vor allem in den ersten Jahren stärker unterrepräsentiert als nach den rückläufigen Beschäftigungszahlen zu erwarten, ein Zeichen für ihre Neigung, sich mit Hilfe eigener Ersparnisse so lange wie möglich über Wasser zu halten und aus Scham vor Schande Fürsorge nicht zu beantragen<sup>56</sup>. In den viel umstrittenen öffentlichen Arbeits-

<sup>53</sup> Meinungsumfragen (vor Wahlen) gab es in der Form des von Zeitungen aus kommerziellen Gründen durchgeführten „straw poll“ schon seit der Jahrhundertwende; vgl. C. E. Robinson, *Straw Votes*, New York 1932. Doch sie verzichteten fast durchweg auf eine Differenzierung nach sozioökonomischen Gruppen. Auch in den Marktanalysen, der zweiten Wurzel der modernen *public opinion polls*, spielte sozioökonomische Differenzierung naturgemäß eine sehr viel geringere Rolle als die fürs Marktverhalten wichtigere regionale Differenzierung. Diese Gleichgültigkeit gegenüber sozioökonomischen Kriterien (beim Repräsentanzproblem) lag letztlich der berühmten Fehlvorhersage der 1936er Wahl durch „Literary Digest“ zugrunde. Vgl. dazu C. E. Robinson, *Recent Developments in the Straw-Poll Field*, in: *Public Opinion Quarterly* 1 (1937), Nr. 3, S. 45–56 (auch zu Gallups zutreffenderen Kriterien). Zur Bedeutung der regierungsseitigen Erhebungen der 30er Jahre für die Entwicklung der Umfragetechnik vgl. F. F. Stephan, *History of the Uses of Modern Sampling Procedures*, in: *Journal of the American Statistical Association* 43 (1948), S. 23 ff. Erst allmählich wurde es üblicher, politische Meinungen und Stimmabgaben nach sozioökonomischen Gruppen aufzugliedern. Ab Juli 1938 druckte das *Public Opinion Quarterly* regelmäßig Umfrageergebnisse ab. Erst ab 1940 hielt man es für wert, Ergebnisse nach Beschäftigungsgruppen differenziert zu veröffentlichen. Zur Neuheit dieses Ansatzes vgl. auch A. W. Kornhauser, *Analysis of „Class“ Structure of Contemporary American Society*, in: *Industrial Conflict, A Psychological Interpretation*, New York 1939, S. 199–244, bes. S. 232.

<sup>54</sup> Vgl. O. Handlin, *Al Smith and His America*, Boston 1958, S. 178.

<sup>55</sup> Vgl. die Belege bei Leuchtenburg, *Franklin D. Roosevelt*, S. 119 f.

<sup>56</sup> Zum Problem arbeitsloser Angestellter vgl. bereits [Hoover's] *The President's Organization of Unemployment Relief*, Second brief report on made work for white-collar unemployed, Washington, 10. März 1932; *Effect of Depression on Office Workers*, in: *Monthly Labor Review* 33 (1931), S. 1057–59; *Middle Class Misery*, in: *Survey* 68 (1932), S. 402–404; A. M. Edwards, *The „White-Collar Workers“*, in: *Monthly Labor Review* 38 (1934), S. 501–505; *Monthly Report of the Federal Emergency Relief Administration*, Washington Oktober 1935, S. 25–30: In 15 Städten waren (nach dem Zensus von 1930) ca. 40 % der Beschäftigten in *White-Collar-Berufen*, aber nur 18 % „on relief“; „Relief for White-collar Workers“ in: *ebda.*, Dezember 1935, S. 59–63: Von den 560 000 im März 1935 Fürsorge empfangenden „White-collar persons“ (hier einschließlich Eigentümer) waren 32,4 % kaufmännische, 38,6 % Büro- und 14,7 % technische sowie akademisch ausgebildete Angestellte im allgemeinen. Auf die Eigentümer und leitenden Angestellten entfielen 14,5 %. Die Anteile dieser Kate-

programmen des New Deal wurde ein Großteil der erfaßten Angestellten in Handarbeiterberufen beschäftigt<sup>57</sup>. Von Anfang an argumentierten die Behörden mit dem Hinweis, man dürfe qualifizierte Arbeitskräfte nicht brach liegen lassen, für die Schaffung öffentlicher Arbeitsplätze für Angestellte. Trotz des Mißtrauens und der Kritik im Kongreß und Bevölkerung gegenüber öffentlich bezahlten Projekten, aus denen nichts Sichtbares, Handfestes hervorging, wurden zahlreiche öffentliche Angestelltenprojekte eingerichtet. Arbeitslose Lehrer wurden in der Elementar- und Erwachsenenbildung eingesetzt, Arbeitsplätze wurden in der öffentlichen Gesundheitspflege, in Museen, bei der Neuordnung und Katalogisierung von Bibliotheksbeständen, durch die Herausgabe von vielseitigen Informationsschriften, in der Forschung, bei statistischen und Umfrage-Projekten, in öffentlich finanzierten Theaterprogrammen und im Unterhaltungssektor geschaffen<sup>58</sup>. Solche Maßnahmen lösten das Arbeitslosenproblem für die Angestellten sowenig wie für die Arbeiter. Abgesehen von den äußerst geringen Verdiensten und begrenzten Arbeitszeiten in den öffentlichen Arbeitsprogrammen erfaßten diese nur etwa ein Viertel der Arbeitslosen<sup>59</sup>.

---

gorien an der gesamten White-Collar-Gruppe nach dem Census 1950 betragen 22,9 %, 32,1 %, 20,9 %, 24,1 %.

<sup>57</sup> Vgl. etwa WPA [Work Progress Administration], *Weekly Progress Report*, Washington, 20.–25. Januar, 1936, S. 5f.: In 108 Selbstverwaltungsbezirken (counties) in 12 Staaten (meist ländlich) waren 3,9 % der WPA-Beschäftigten in Angestelltenberufen beschäftigt gewesen, aber nur 1,7 % jetzt in solchen untergebracht.

<sup>58</sup> Vgl. *Monthly Report of the Federal Emergency Relief Administration*, Washington, Dezember 1933, S. 7; Juni 1935, S. 16–19 zu dem seit Oktober 1933 laufenden *emergency education program*. Zu Angestelltenprojekten unter der Civil Works Administration (bis März 1934) vgl. *ebda.*, Dezember 1935, S. 62: 10 % der CWA-Beschäftigten waren White-Collar-Arbeitslose. Eine Übersicht über laufende White-Collar-Programme in: *The Project*, Issued by the Work Division of the Federal Emergency Relief Administration, Januar 1935, S. 39–42. Zur Entwicklung ab Mitte 1935: „White-Collar Work Under the WPA“, in: *Monthly Labor Review* 45 (1937), S. 1364–1370; D. S. Howard, *The WPA and Federal Relief Policy*, New York 1943, S. 138ff. (zur Auseinandersetzung um angeblich zu „linke“, öffentlich finanzierte Theaterprogramme 1939), S. 187, 232, 449, 607. – Vgl. weiterhin *U.S. Works Progress Administration, Government Aid During the Depression to Professional, Technical, and Other Service Workers*, Washington 1936. Ein allgemeiner Überblick über die Fürsorge- und Arbeitsbeschaffungsprojekte des New Deal mit weiteren Quellen und Literatur: Leuchtenburg, Franklin D. Roosevelt, S. 118–129.

<sup>59</sup> Vgl. A. E. Burns, *Work Relief Wage Policies 1930–36*, in: *Monthly Report of the Federal Emergency Relief Administration*, Washington Juni 1936, S. 22–55. Der häufige Mangel an bewilligten Geldern und Arbeitsplätzen sowie das Bemühen, der privaten Industrie keine Konkurrenz zu machen, bewirkten, daß die Entlohnung der schlechter bezahlten Arbeiter oft hinter den Fürsorgesätzen und hinter dem anerkannten Existenzminimum zurückblieb; vgl. Howard, *The WPA*, S. 176ff. – 1937 waren von den als arbeitslos gemeldeten Angestellten 26 % (Frauen) und 28 % (Männer) mit öffentlichen Notstandarbeiten beschäftigt, von den gemeldeten Arbeitslosen insgesamt 17 % (Frauen) und 29 % (Männer). Errechnet nach: *Census of Partial Employment ... Final Report on Total and Partial Employment*, U.S. Summary, Washington 1938, S. 5.



## IV

Not und Arbeitslosigkeit, die nun erstmals in massenhaftem Ausmaß auf Mitglieder der *middle class* übergegriffen hatten, regten zur Diskussion über die *white collar workers* an, deren Mittelklassencharakter durch eben jene Not mehr als bisher in Frage gestellt war<sup>60</sup>. Die 1932 und wieder 1934/35 anschwellenden und bis zum Krieg nicht mehr aufhörenden, öffentlich diskutierten Zweifel am kapitalistischen System und die Spekulation über eine vielleicht bevorstehende Revolution (was immer mit diesem Begriff im einzelnen auch gemeint war), später die Ausweitung und relative Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung rückten das neue Interesse an den Angestellten, vor allem in den Überlegungen einiger Publizisten linker und hablinker Provenienz, in einen allgemeinen politischen Zusammenhang. Erst jetzt scheint der Begriff der „new middle classes“ aus europäischer Literatur übernommen oder wenigstens einem größeren Kreis bekannt gemacht worden zu sein<sup>61</sup>. Die Übersetzung einiger zentraler Beiträge aus der mehr als zwei Jahrzehnte alten deutschen Angestelltendiskussion spiegelte dieses Interesse, das durch den Sieg des Faschismus in einigen europäischen Ländern und die Rolle der unteren Mittelschichten dabei noch verstärkt worden war, und markiert die zum Teil durch deutsche Emigranten vermittelte Beeinflussung der amerikanischen Diskussion durch Gedankengänge, die in einer ganz anderen historischen Situation entstanden waren<sup>62</sup>. Erst in dieser Situation begannen amerikanische Autoren zu bedenken, welchen politischen Standort diese numerisch so bedeutsame Schicht der Angestellten wohl einnehme, bzw. im Fall fortgesetzter Depression einnehmen werde. Erst jetzt, so scheint es, entstanden Interesse und Verständnis für die Möglichkeit, daß die *salaried workers*, die *white collar employees* in sozialer und politischer Hinsicht eine eigenständige Gruppierung bilden könnten, die möglicherweise weder subsumiert unter „middle class“, mit den Besitzenden, noch als „worker“ mit den Lohnarbeitern in einen Topf zu werfen seien. Die Unklarheit, Unentschiedenheit und Heterogenität im politischen Standort der angestellten Mittelschichten fiel den meisten

<sup>60</sup> Vgl. *The Plight of the White-Collar Army*, in: *The Literary Digest* 105 (7. Juni 1930), S. 69–70, worin die Hilf- und Protestlosigkeit dieser Gruppen betont wurde; *Middle Class Misery*, in: *Survey* 68 (1932), S. 402; *The Middle Class Unemployed*, in: *Spectator*, 9. März 1934, S. 361; *Significance of White-Colars*, in: *World Tomorrow* 16 (1933), S. 198.

<sup>61</sup> Mit Anführungsstrichen benutzt in Corey, *The Crisis*, S. 112, 147 ff., pass.; und in A. M. Bingham, *Insurgent America, Revolt of the Middle-Classes*, New York/London 1935, S. 50, pass., der sich damit auf G. D. H. Cole, *What Marx Really Meant* (1934), S. 99, bezieht. Dagegen begann die deutsche Diskussion über den „neuen Mittelstand“ bereits vor 1914.

<sup>62</sup> Vgl. etwa E. Lederer, *The Problem of the Modern Salaried Employee, Its Theoretical and Statistical Basis* (= Kap. 2 und 3 von: *Die Privatangestellten*, 1912). Published by the State Department of Social Welfare and the Department of Social Science, Columbia University, as a Report on Project no. 165-6999-6027, Conducted under the Auspices of WPA, New York 1937; H. Speier, *The Salaried Employee in Modern Society*, in: *Social Research* 1 (1934), S. 111–133; ders., *The Salaried Employee in German Society*, Translated as a Report on Project no. 465-97-3-81 under the Auspices of the WPA ..., New York 1939.

Beobachtern auf<sup>63</sup>, darüber hinaus ergaben sich große Unterschiede in der Beurteilung. Die Einschätzungen lassen sich in drei Hauptrichtungen zusammenfassen.

Die Gefahr, ja die Wahrscheinlichkeit, daß die unter der Depression leidenden „lower middle classes“, die kleinen Händler, Angestellten und Bauern, vielleicht unter dem Einfluß von Demagogen und manipulativen großkapitalistischen Interessen, als soziale Basis eines amerikanischen Faschismus dienen und sich darin von den Lohnarbeitern unterscheiden würden, sahen, so scheint es, vor allem solche Autoren, die die europäischen Reaktionen auf die Krise beobachtet und analysiert hatten oder in anderer Weise von den europäischen Diskussionen beeinflusst waren. Die Frustration, der relative Konservatismus, der relative sozioökonomische Abstieg und der daraus resultierende, nach rechts tendierende Protest der unteren Mittelschichten schien ihnen in der Entwicklung westlicher Industriegesellschaften angelegt, die zunehmend durch die beiden großen Blöcke des organisierten Großbesitzes und der organisierten, zum Sozialismus tendierenden Arbeiterschaft geprägt wurden – durch zwei Lager also, von denen die unteren Mittelschichten sich bedroht und zerrieben fühlten. Bei Fortdauer der Krise sei deren Politisierung unter rechtsradikalem Vorzeichen auch in den USA nur eine Frage der Zeit<sup>64</sup>.

Autoren, die die amerikanische Situation konkreter in Rechnung stellten, betonten, daß die angestellten Mittelschichten bisher politisch inaktiv und weitgehend bedeutungslos gewesen seien, daß aber bei Fortdauer der sie schwer belastenden Krise eine von zwei Möglichkeiten zwingend eintreten werde. Entweder ihr Protest werde mit reaktionärer oder gar faschistischer Zielrichtung nach europäischem Muster in Erscheinung treten oder sie würden in ihrer großen Mehrheit zusammen mit der sich zunehmend organisierenden Arbeiterschaft linke Protest- und Reformbewegungen oder gar die „Revolution“ unterstützen<sup>65</sup>. Den *lower middle classes* wurde damit von solchen Stimmen eine entscheidende Funktion für die zukünftige Entwicklung der USA zugeschrieben. Entsprechend beschäftigten sich, im Unterschied zu den vorhergehenden Jahrzehnten, politische Gruppen, die den New Deal von links kritisierten, nunmehr mit den *white collar workers* als potentiellen Sympathisanten, die es anzusprechen und ins eigene Lager zu ziehen gälte. Insbesondere die um Alfred M. Bingham und Selden Rodman seit Ende 1932 herausgegebene Zeitschrift „Common Sense“, die in klarer Absetzung zum Kommunismus und marxistischen Sozialismus einen auf amerikanischen Traditionen des *Progressivism* aufbauenden antikapitalistischen, sozialdemokratisch eingefärbten und technokratische Gedanken aufnehmenden *Radicalism* vertrat, hoffte auf ein Bündnis zwischen Arbeitern und Angestellten und plädierte dafür, linke Politik nicht auf die Fiktion

<sup>63</sup> So z. B.: D. J. Sapos, *The Role of the Middle-Class in Social Development*, in: *Economic Essays in Honour of W. C. Mitchell*, New York 1935, S. 414 ff.

<sup>64</sup> Solche marxistisch beeinflussten Gedankengänge mit pessimistischer Perspektive z. B. bei R. Niebuhr, *Pawns for Fascism – Our Lower Middle Class*, in: *The American Scholar* 6 (1937), S. 144–152; Hitler and the Middle Classes, in: *The World Tomorrow* 16 (1933), S. 147; H. N. Brailsford, *The Middle Class and Revolution* in: ebda., 16 (1933), S. 465–466.

<sup>65</sup> Diese Gedankenführung besonders eindringlich bei Bingham, *Insurgent America*, S. 96 f., 104 ff., 179–193.

einer revolutionären Arbeiterschaft auszurichten, sondern die vorfindbaren Interessen und Orientierungen, die die numerisch immer entscheidenderen Angestellten mit großen Teilen der amerikanischen Arbeiterschaft teilten, ernst zu nehmen. Sozialdemokratische Reformen mit egalisierend-demokratisierender Tendenz, Produktions- und Distributionsplanung eines starken demokratischen Staates, die Aufhebung von Grundprinzipien des diskreditierten kapitalistischen Systems zugunsten eines *Cooperative Commonwealth* müßten deshalb bei gleichzeitiger Garantie liberal-rechtsstaatlicher Prinzipien, besonders des privaten Eigentums (wenn auch nicht an allen Produktionsmitteln), unter Verzicht auf Gewalt und Klassenkampfgerede, mit Respekt für den Patriotismus und Puritanismus der amerikanischen Mittelklassen angestrebt werden. „A sound radical movement will be one-hundred-percent American, defending the home, the family, the church, and the nation.“<sup>66</sup> Auch die Sozialisten um Norman Thomas betonten nach Einbruch der Krise und unter dem Eindruck der zentraleuropäischen Entwicklungen die Dringlichkeit (und die Möglichkeit), die Massen der Angestellten zu gewinnen, und bedauerten, dieses Thema und diese Gruppen bisher vernachlässigt zu haben<sup>67</sup>. Sogar die revolutionäre, kommunistisch orientierte Zeitschrift „New Masses“, die bisher die *white collar workers* als irrelevant ignoriert, als mediokre Federfuchser verspottet oder als Reak-

<sup>66</sup> A. J. Muse, *Middle Class or Working Class*, in: *Common Sense*, März 1934, S. 23–25, mit besonderem Bezug auf die „professional workers“ und „technicians“ („they are increasingly indignant at a social order that gives them no opportunity to make use of their abilities“); S. Rodman, *What Progress Among the Progressives?*, in: ebda. Januar 1934, S. 12–14, zur Einordnung in die „progressive“ Tradition. „The American Marx, if such there be, will come to us as no follower of Kant and Hegel. His opus magnum will stem from the thinking of Edward Bellamy and Veblen, and the politics of Robert M. LaFollette.“ J. E. S. Hardman, *Is a New Party Possible?* (*Common Sense*, Mai 1933, zit. nach: A. M. Bingham und S. Rodman [Hrsg.], *Challenge to the New Deal*, New York 1934, S. 273–277): Für die geforderte *farmer-labor party* links der Mitte glaubt der Verfasser in den „millions of professional and white-collar men and women“ ein neues Wählerpotential zu erkennen. Sie seien, von Arbeitslosigkeit und Verdienstaustausch schockiert, „ready recruiting ground for a [left!] party of political action“. Das Programm dieser Reformer in *Common Sense*, April 1935, wieder in Bingham, *Insurgent America*, S. 237–246, der die eindringlichste Diskussion dieser Gedankengänge liefert; bes. ebda., S. 194–201 (obiges Zitat S. 197); B. Balicer, *What is Happening to the Middle Class Worker?*, in: *Common Sense*, Januar 1938, S. 15–18. – Allgemein zu dieser Gruppe, die seit 1936 Roosevelt unterstützte: F. W. Warren III, *Alfred Bingham and the Paradox of Liberalism*, in: *The Historian* 28 (1966), S. 252–267.

<sup>67</sup> Vgl. N. Thomas, *The Choice Before Us*, New York 1934, S. 77 f.: „White-collar workers are becoming proportionally more numerous and more important in the economic scheme of things. If they and the young engineers persist in a middle-class ideology and in loyalty to the capitalist system they can break strikes far more easily than in previous periods of capitalism.“ Wenn man den Faschismus verhindern wolle, so müsse man „farmers, the white-collar-workers, and the technicians“ für den Sozialismus gewinnen; vgl. auch ebda., S. 54, 186, 229; H. W. Laidler, *The White-Collar-Worker*, in: *The American Socialist Review* 3 (Herbst 1934), S. 53–58. – Eine gemäßigte progressive Politik erhoffte sich von der „middle income skill group“ („the small farmers, the small business men, the low-salaried intellectuals, and the skilled workers“) auch H. D. Laswell, *The Moral Vocation of the Middle Income Skill Group*, in: *The International Journal of Ethics* 45 (1935), S. 127–137, bes. S. 127, 133, 136 f.

tionäre im Lager des Großkapitals kritisiert hatte<sup>68</sup>, nahm erste Demonstrationen von arbeitslosen Angestellten zum Anlaß, zu fordern und zu hoffen, daß die bisher kleinbürgerlich-ideologischen Angestellten mit den Handarbeitern „Schulter an Schulter“ für die Revolution kämpfen würden<sup>69</sup>.

Zeigt sich schon in solchen Stellungnahmen die vorsichtige Erwartung, die Masse der Angestellten würde auf die Not ähnlich wie die Masse der Arbeiter reagieren und ihre Unzufriedenheit bzw. ihre Veränderungsbereitschaft wie auch immer gearteteter linker Politik zugute kommen lassen, wenn es gelänge, die ebenfalls nicht auszuschließende faschistische Alternative zu verhindern, so stand für eine dritte Gruppe von Autoren eine Rechtsschwenkung der großen Mehrheit der Angestellten gar nicht zur Überlegung oder Debatte an. Für orthodoxe Marxisten wie Lewis Corey war die große Masse der Angestellten keine neue *middle class*, sondern ein neues Proletariat, das dabei sei, sich unter dem Druck der Depression auf die Seite der organisierten Arbeiterschaft und proletarischen Aktion zu schlagen. Eine Spitzengruppe von Akademikern und leitenden Angestellten dagegen sei fest im Lager des Großkapitals verankert<sup>70</sup>. Einem ähnlichen Denkmuster folgend, wurde von andern der Faschismus als Herrschaftsinstrument der Produktionsmittelbesitzer verstanden, zu dem diese griffen, „when the lower middle-classes, uprooted and declassed by destitution and misery, begin to seek a solution in a leftward direction and ally themselves with the revolutionary working-class“<sup>71</sup>. Im Gegensatz zur ersten und teilweise im Gegensatz zur zweiten der hier skizzierten Interpretationsrichtungen, gingen solche Bestandsaufnahmen und Prognosen davon aus, daß die *white collar workers* in politischer Hinsicht nicht als eigenständige, von den Arbeitern und den

<sup>68</sup> Vgl. *New Masses* 5 (Mai 1930), S. 17: „White Collar Slaves“, u. a. die Beschreibung eines Polizeieinsatzes in Manhattan gegen radikale demonstrierende Arbeiter: „Up on the Treasury Building steps, out of the windows of office buildings, skyscrapers, twenty dollars-a-week clerks in striped collegiate cravets howled with delight as the police swung their clubs at the hopeless heads of the manifestants.“ Vgl. M. Gold, *Hemingway – White Collar Poet*, in: ebda. 3 (März 1928), S. 21; ebda. 4 (August 1929), S. 8: St. Burnshaw, ‚White Collar Slaves‘, ein Gedicht, das die Handarbeit glorifiziert und die „movers of pencils“ bemitleidet, bzw. verachtet. Zur Zeitschrift: J. North (Hrsg.), *New Masses*, New York 1969, S. 6–15, 19–33.

<sup>69</sup> S. E. Seaver und M. W. Mather, *White Collar Workers and Students Swing into Action*, in: *New Masses* 11 (5. Juli 1934), S. 17, nach einer Angestelltendemonstration vor dem Department of Public Welfare in New York City; ebda. 11 (19. Juni 1934), S. 9: *On the White Collar Front*: „In this fifth year of the capitalist breakdown the white collar classes have been stripped of many of their illusions. Their snobbery has worn off ... they can become class conscious and militant ...“ (nach einem Streik von Verlagsangestellten); ebda. 12 (4. September 1934), S. 16ff: S. Hill, *Technicians in Revolt*; ebda. 14 (22. Januar 1935): *A Year of the Guild* (positive Behandlung der neuen Journalistengewerkschaft).

<sup>70</sup> *The Crisis of the Middle Class*, New York 1935, S. 163ff., 247–277, 344.

<sup>71</sup> P. v. Paassen, *The Danger to World Peace*, in: ders. und J. W. Wise (Hrsg.), *Nazism, An Assault on Civilization*, New York 1934, S. 214. So versucht der Verfasser, den Sieg des Nationalsozialismus zu erklären. Diese auffällige Verfehlung der wirklichen deutschen Situation weist auf das hier Entscheidende hin: daß offenbar vielen Amerikanern ein Zusammengehen von Arbeitern und Angestellten sehr viel selbstverständlicher erschien als Beobachtern, die unter dem Einfluß der deutschen Situation standen.

Besitzern abzusetzende Mittelgruppierung zu betrachten seien, sondern daß es angemessener sei, sie in ihrer Mehrheit als *workers* oder *employees* mit der Arbeiterschaft zusammenzusehen und die besser Gestellten unter ihnen auf der Seite der Führungsschichten einzuordnen. In diesem Denkmuster spielte, im Gegensatz zu den deutschen Vorstellung vom „neuen Mittelstand“, der Unterschied zwischen Angestellten und Lohnarbeitern als solcher kaum eine Rolle. Nicht nur revolutionären Wunschvorstellungen von der radikalen Einheit der Hand- und Kopfarbeiter lag dieses Denkmuster zugrunde, sondern erst recht, wenn auch mit anderem Inhalt, jenen Argumenten, die die nicht-radikalen Reformwünsche, die gemäßigt-kritischen (wenn auch zur Zeit aufgestörten und enttäuschten) Einstellungen und Werthaltungen als gemeinsames Kennzeichen sowohl der (unteren und mittleren) Angestellten wie der meisten Arbeiter in den Vordergrund stellten<sup>72</sup>.

Zweifellos herrschte diese Sichtweise, zu der es im zeitgenössischen Deutschland wohl kaum eine Parallele gab<sup>73</sup>, im Amerika der 1930er Jahre vor. Die Programme sämtlicher nationaler Parteien – ausgenommen das der Sozialistischen Partei von 1932<sup>74</sup> – ignorierten die Tatsache, daß die Arbeitnehmerschaft in Arbeiter und Angestellte zerfiel, vollkommen<sup>75</sup>. In der politischen Rhetorik von F. D. Roosevelt spielte der Unterschied zwischen „blue collar workers“ und „white collar workers“, zwischen „wage-earners“ and „salaried employees“ keine Rolle. Er mochte sich an „labor“, an den „forgotten man“, den „common man“, an den Bauern, die Geschäftsleute und die Konsumenten wenden, er mochte über Probleme der Haus-

<sup>72</sup> So etwa Bingham, *Insurgent America*, S. 65 ff., 91 ff., 178 f.

<sup>73</sup> Dagegen fehlte es nicht an Parallelen zu den beiden zuerst vorgestellten Denkrichtungen. Die Voraussage eines rechtsgerichteten Protests im „neuen Mittelstand“ z. B. bei: Geiger, *Die soziale Schichtung*, S. 109 ff.; M. Victor, *Verbürgerlichung des Proletariats*, S. 31. – Dagegen sahen ein allmähliches Heranrücken der Angestellten an die Arbeiterbewegung: E. Lederer und Jakob Marschak, *Der neue Mittelstand*, in: *Grundriß der Sozialökonomik*, Abt. 9, Teil 1, Tübingen 1926, S. 120–141.

<sup>74</sup> Die „platform“ der Socialist Party von 1932 sprach von den „millions of wage-earners and salaried workers“, die ohne Erfolg nach Arbeitsplätzen jagten. Sie wollte für „the many in the factories, mines, shops, offices and on the farms“ sprechen. Sie erwähnte die Techniker als eine der Gruppen, die neben Lohnarbeitern und Konsumenten in den Kontrollorganen der vergesellschafteten Unternehmen vertreten sein sollten. Zwischen Angestellten und Arbeitern differenzierende Forderungen stellte die SP natürlich nicht. Ihre Sprache nahm aber von den Angestellten zumindest Kenntnis; das taten die anderen Parteien nicht. – Schon in ihrem Programm von 1928 hatte die Sozialistische Partei sich als „political party of the producing classes, the workers in farm, factory, mine or office“ verstanden. – 1912 hatte sie definiert: „working class, which includes all those who are forced to work for a living, whether by hand or brain, in shop, mine or in the soil“. – Nach Kirk H. Porter und Donald B. Johnson (Hrsg.), *National Party Platforms 1840–1968*, Urbana [1956] 1970, S. 351, 352, 292, 189.

<sup>75</sup> Nach Durchsicht der Programme, ebda., S. 325–401. Das bedeutet natürlich nicht, daß nicht viele Programmpunkte auch Angestellten zusagen mußten (vgl. z. B. S. 360 f. den Abschnitt „For the Protection of the Family and the Home“ im Programm der Demokratischen Partei 1936). Doch wurden die entsprechenden Leistungen eben dem Volke, den Bedürftigen, den Arbeitslosen versprochen, die Angestellten blieben unerwähnt. Dagegen wurde die Landwirtschaft als separate Gruppe durchweg angesprochen, ähnlich „labor“, „business“, „industry“, die Neger, die Indianer, die Jugend, die Kriegsveteranen und die Slumbewohner.

eigentümer, der „employees“ generell und der Minoritäten sprechen, Angestellte im Unterschied zu Arbeitern und Arbeitgebern thematisierte er nicht<sup>76</sup>. In einem solchen Denkmuster war für die Erwartung eines spezifischen Mittelstandsprotestes ebensowenig Platz wie für eine spezifische Angestelltenpolitik (im Unterschied zur Arbeiterpolitik). Eine solche fehlte denn auch im New Deal ganz, wie auch, sieht man von Detailfragen ab, die Angestellten als Problem oder Gruppe in den wirtschafts-, sozial- und wahlkampfpolitischen Überlegungen der „New Dealer“ keine Rolle gespielt zu haben scheinen<sup>77</sup>.

Die Frage, welche der drei Interpretationsrichtungen der Wirklichkeit in der Angestelltenschaft am ehesten entsprach, soll nun auf doppelte Weise geklärt werden: durch eine Überprüfung der sozialen Basis der in den 30er Jahren in den USA auftretenden rechtsradikalen Bewegungen und mit Hilfe der Ergebnisse früher Meinungsbefragungen.

## V

Sucht man in den Vereinigten Staaten der 1930er Jahre nach Gruppen und Strömungen, die den zentraleuropäischen faschistischen Bewegungen ähnelten, so stößt man – sieht man von der Massenbewegung des Father Coughlin zunächst einmal ab – auf eine große Anzahl kleiner, viel diskutierter, aber ziemlich wirkungsloser rechtsradikaler Gruppen, die hier lediglich daraufhin zu befragen sind, wieweit Angestellte zu ihren Mitgliedern und Anhängern gehörten. Der deutsch-amerikanische „Bund“ (ab 1932/33), ein vor allem städtischer Verband (40% der 1937/38 bestenfalls 25 000 Mitglieder kamen aus New York City und Umgebung) mit eindeutig nationalsozialistischer Ideologie, Organisation und Taktik, bestand, soweit aus Zeitungsmeldungen ersichtlich, vor allem aus Kleingewerbetreibenden und Angestellten. Jedoch verbietet sich jede Schlußfolgerung für das hier interessierende Problem, da die Mitglieder dieser Organisation zu ca. 45% deutsche Staatsbürger waren und ansonsten fast durchweg aus deutsch-amerikanischen Gemeinden kamen. Zudem lassen vielerlei (auch finanzielle) Kontakte den „Bund“ als Import erkennen. Ähnliches trifft für die italienisch inspirierten „Black Shirts“ zu<sup>78</sup>. Dagegen gehörten

<sup>76</sup> Nach Durchsicht seiner Reden in: F. D. Roosevelt, *The Public Papers and Adresses ...*, by S. I. Roseman, Bde. 1–13, New York 1950–1969; vgl. auch Waldemar Besson, *Die politische Terminologie des Präsidenten Franklin D. Roosevelt*, Tübingen o. J. [1955], bes. S. 38 ff. Mit dem unpräzisen Begriff „forgotten man“ wandte sich bereits der Wahlkämpfer Roosevelt im April 1932 an die unterprivilegierten Massen. Vgl. zur Herkunft: Wecter, *The Age of the Great Depression*, S. 52 f.

<sup>77</sup> Nach Aussage von Raymond Moley, der in den ersten Jahren des New Deal zu den wichtigsten Mitgliedern von Roosevelts „Brain Trust“ gehörte, in einem Gespräch mit dem Verfasser in Cambridge, Mass., am 11. Dezember 1970. Einen ähnlichen Eindruck vermittelt die Durchsicht der mir bekannten Fachliteratur.

<sup>78</sup> Zum „Bund“: D. S. Strong, *Organized Anti-Semitism in America*, S. 21 ff.; G. Myers, *History of Bigotry in the United States* [1943], Neuauflage New York 1960, S. 326 ff.; L. V.

William D. Pelley's „Silver Shirts“ zu den einheimischen Gruppen faschistischer Ausrichtung. Pelley sprach sich für Diktatur und Gewalt, für die Unterdrückung der Gewerkschaften und weitestgehende staatliche Sozialinterventionen mit anti-demokratischer Zielrichtung aus, er hetzte gegen Juden und Kommunisten. Die 1934 mit 15000 ihren Höhepunkt erreichende Mitgliedschaft bestand primär aus relativ alteingesessenen Protestanten angelsächsischer und deutscher Abstammung, vor allem aus dem Mittelwesten und von der Westküste. Die Mitteilungen über die sozio-ökonomische Basis sind nicht eindeutig, doch scheinen ökonomisch schlecht-gestellte kleine Selbständige und Angestellte aus kleinen Gemeinden und ohne viel Bildung und Reputation stärker als Arbeiter vertreten gewesen zu sein<sup>79</sup>. Die Mitglieder der para-militärischen „Black Legion“ schwuren einen Eid, „die Geheimnisse des Ordens zu bewahren, Gott und der amerikanischen Verfassung zu folgen, sowie die Black Legion in ihrem heiligen Krieg gegen Katholiken, Juden, Kommunisten, Neger und Ausländer zu unterstützen“. Mit ihren Demonstrationsformen und Riten imitierten sie faschistische Bünde. Ihre bis zu 40000 Mitglieder (1936) stammten aus den Industriestädten des Mittelwestens und waren größtenteils ungelernete und angelernte Arbeiter<sup>80</sup>. Gerald B. Winrod's moralistische „Defenders of the Christian Faith“ kannten keine formale Mitgliedschaft. Der zugleich militant-katholische Prediger Winrod, der Roosevelt als Agenten der Kommunisten und Juden angriff, gab ein Agitations-Magazin heraus, das 1936 eine Auflage von fast 100000 erreichte. Winrod fand vor allem Anklang bei Angehörigen der ärmeren Schichten auf dem Lande und in Kleinstädten, zweifellos aber nicht bei den Angestellten der großen städtischen Ballungszentren<sup>81</sup>.

Ihr kleinstädtisch-ländlicher protestantischer Fundamentalismus, ihr Katholikenhaß und ihr anti-urbaner Traditionalismus rückte die „Defenders“ ideologisch in die Nähe des Zweiten Ku-Klux-Klan und damit in eine Tradition nativistischen Rechts-extremismus, der seinen Höhepunkt bei Beginn der Wirtschaftskrise längst überschritten hatte. Rigider Moralismus und nationalistischer Fremdenhaß, Anti-Katholizismus, Antisemitismus, anti-modernistische und anti-bürokratische Ressentiments gehörten neben der Neger-Diskriminierung zu den ideologischen Kennzeichen des 1915 neu gegründeten und keineswegs auf die Südstaaten begrenzten Klans, der zu Beginn der 20er Jahre mit mindestens 1,5 Millionen Mitgliedern eine rechtsradikale Massenbewegung darstellte. Mit seiner Beschwörung traditioneller

---

Bell, *The Failure of Nazism in America*, in: *Political Science Quarterly* 85 (1970), S. 85–99. – Zu den „Black Shirts“: 76th Congress, 3d Sess., House of Representatives, Report No. 1476, *Investigation of the Un-American Propaganda Activities in the United States*, Jan. 3d, 1940 [Dies Committee], S. 110 ff.

<sup>79</sup> Nach Strong, a. a. O., S. 52–54. Vgl. die abweichenden, auf der selben Quelle fußenden, diese jedoch einseitig auswertenden Angaben bei Lipset/Raab, *Politics of Unreason*, S. 162 ff. Beste Beschreibung in: T. Hoke, *Shirts!*, New York (American Civil Liberties Union) 1934, S. 5–20, (S. 21 ff. zu weiteren, noch kleineren, ähnlichen Organisationen).

<sup>80</sup> Vgl. Lipset/Raab, a. a. O., S. 157 ff.; M. Janowitz, *Black Legions on the March*, in: D. Aaron (Hrsg.), *America in Crisis*, New York 1952, S. 305–325, bes. S. 325.

<sup>81</sup> Vgl. Myers, a. a. O., S. 363 ff.; Strong, a. a. O., S. 71 ff.; Lipset/Raab, a. a. O., S. 160 ff.

amerikanischer Werte läßt sich der Klan am besten als eine durch Weltkrieg und Weltkriegsfolgen (Fremdenfurcht, Bolschewistenhaß, Chauvinismus, Anti-Internationalismus, Inflation, Staatsinterventionen) verschärfte Reaktion breiter, durch den schnellen sozioökonomischen Wandel verunsicherter, bzw. geschädigter Bevölkerungsteile gegen Modernisierung und Urbanisierung, gegen die *new immigrants* und gegen damit überhandnehmende neue Lebensformen, Religionen und Kulturen verstehen<sup>82</sup>. Repräsentative, die Heterogenität des Ku-Klux-Klan in Rechnung stellende Mitgliedschaftsuntersuchungen stehen noch aus. Erwiesen ist, daß er neben einer meist in Analysen im Vordergrund stehenden ländlich-kleinstädtischen Anhängerschaft große Unterstützung in südlichen, mittelwestlichen und westlichen Städten, auch den größten Industriestädten, fand<sup>83</sup>. Nur erwachsene, im Land geborene, protestantische Männer konnten Mitglieder in der geheimordenähnlichen Organisation von Kapuzenmännern werden. Antigewerkschaftliche Fabrikarbeiter bildeten die Mehrheit, doch auch selbständige kleine Gewerbetreibende sowie niedere und mittlere Angestellte gehörten in beträchtlicher Zahl dazu, mindestens in dem Maße wie es ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprach<sup>84</sup>. Nach 1924 verlor der Ku-Klux-Klan schnell an Mitgliedern; und obgleich er bis 1944 dahinvegetierte, spielte er, der nie primär eine ökonomische Protestbewegung gewesen war, in der Depression keine größere Rolle als die vielen anderen rechtsgerichteten kleinen Randgruppen. Die Korruption seiner Führer, die den Kritikern ihr Geschäft erleichterte, die strenge gesetzliche Begrenzung weiterer Immigration, die mancher rassistischen Xenophobie ein wenig Wind aus den Segeln nahm, vor allem aber das Abflauen jener Kriegs- und Nachkriegshysterie, die er nicht durch ein sachbezogenes Programm ersetzen konnte, die „Normalisierung“ der Verhältnisse, die allmähliche „Amerikanisierung“ der neuen Immigranten bei gleichzeitiger Eindämmung der Negeremanzipation und schließlich, ab 1950, das Auftreten neuer, anderer, primär ökonomischer Probleme entzogen dem zunehmend in der Öffent-

<sup>82</sup> Diese hier nicht auszuführende Interpretation folgt K. T. Jackson, *The Ku-Klux-Klan in the City, 1915-1930*, New York 1967; ebda., S. 251 f., zur Mitgliedschaft von 1,5 Mill., dagegen nennen Lipset/Raab, S. 21, maximal 3–6 Mill. Mitglieder; Handlin, Al Smith, S. 118; schätzt 4 Mill.

<sup>83</sup> Ob es sich dabei wirklich vor allem um Neuankömmlinge aus ländlichen Gegenden handelte – so C. C. Alexander, *The Ku-Klux-Klan in the South West*, University of Kentucky Press 1965, S. 29 und Lipset/Raab, a. a. O., S. 121 ff. – oder gerade um Alteingesessene, die sich u. a. gegenüber Neuankömmlingen abzusetzen wünschten, ist unklar. Die letztere These vertritt teilweise Jackson, a. a. O., S. 241, der die große Macht des Klans in einigen Städten herausgearbeitet hat.

<sup>84</sup> Ca. 40 % des Ku-Klux-Klan in Chicago waren Angestellte. In Winchester (Illinois) gehörten zum Klan: 25,6 % *white collar workers* (einschließlich selbständige Gewerbetreibende), 53,3 % *blue collar workers* und 41,1 % *farmers*. Nach Jackson, a. a. O., S. 93 ff., 120; S. 62 ff. zu Knoxville (Tennessee): ca. 1/5 der Mitglieder stammte aus *white collar*-Berufen; und 119 zu Aurora (Illinois), wo Angestellte offenbar im Ku-Klux-Klan überrepräsentiert waren. Kleine Gewerbetreibende und Angestellte, die sich in Krieg und Nachkriegsjahren durch Inflation, Gewerkschaftsbewegung, Streiks und *Big Business* bedroht und auch ökonomisch in Frage gestellt fühlten, beschreibt als Klan-Mitglieder auch A. C. White, *An American Fascismo*, in: *The Forum* 72 (1924), New York, S. 636–642.



lichkeit diskreditierten Klan die Basis. Unter den wenigen übrig bleibenden Mitgliedern spielten selbständige und angestellte „middle class“-Angehörige kaum noch eine Rolle<sup>85</sup>.

Viele andere, meist kleine, bizarre Gruppen ließen sich aufzählen, die oft nur aus einem interessierten „Führer“ und einer Adressenliste bestanden. Sie waren instabil, und oft auf einzelne Personen zugeschnitten, die nicht selten finanziellen Profit von dieser Art Unternehmertum in der Sparte Demagogie erhofften. Sie spielten mit der Enttäuschung und Unbildung von Menschen, die meist zu den Ärmsten gehörten und oft in irgendeiner Weise am Rande der Gesellschaft lebten. Ihr Appell an konkrete ökonomische und soziale Interessen, soweit er in ihrer Rhetorik überhaupt eine Rolle spielte, scheint selten an spezielle ökonomische Schichten oder Gruppen gerichtet gewesen zu sein. Von 121 antisemitischen, rechtsradikalen Organisationen, die ein kritischer Beobachter zusammenstellte, hatten nur vier einen Namen, in dem das Wort „worker“ oder „laborer“ vorkam. Keine Bezeichnung spielte auf „middle class“ oder Ähnliches an<sup>86</sup>.

Das einzige<sup>87</sup> Phänomen auf der amerikanischen Szene der 1930er Jahre, das je später desto klarer, als rechtsradikal und faschistoid zu identifizieren war, ohne eine unbedeutende Splittergruppe zu sein, war die Massenbewegung des katholischen Rundfunkpriesters Father Coughlin. Zeitweise scheinen zu seiner Organisation („National Union of Social Justice“) bis zu fünf Millionen Mitglieder gehört zu haben. Die Resonanz seiner Radioreden in der Öffentlichkeit war groß. 1938 antworteten 30% eines repräsentativen Querschnitts von Amerikanern, daß sie bis zur Wahl von 1936 regelmäßig Coughlin am Radio gehört hätten. Von diesen erklärten 83%, sie hätten ihm im allgemeinen zugestimmt. Im April 1938 stimmten ihm 27% der auf eine Meinungsumfrage Antwortenden zu, während ihn 32% ablehnten. Im April 1940, als sich seine Sprache und Organisation weiter radikalisiert hatten, äußerten immerhin noch 17% der Befragten ihre generelle Zustimmung zu

<sup>85</sup> Vgl. etwa Robert S. und Helen Lynd, *Middletown* (1929), New York 1956, S. 481–485; sowie weitere Belege bei Lipset/Raab, a. a. O., S. 121 ff. zum Austritt der „respektableren“ Mitglieder seit Mitte der 1920er Jahre. Zum Abstieg weiterhin: Jackson, a. a. O., S. 251 ff.; D. M. Chalmers, *Hooded Americanism*, Chicago 1968, S. 291 ff. und S. 504–518 über den Rest-Klan in den 50er Jahren.

<sup>86</sup> Dagegen fällt die häufige Berufung auf Christentum und amerikanische Verfassung auf; vgl. die Liste bei Strong, a. a. O., S. 138–143.

<sup>87</sup> Huey Longs bemerkenswerte Aktionen und große Anhängerschaft können trotz vieler entgegengesetzt lautender Urteile von Zeitgenossen (die seine bedenklichen autoritär-demagogischen Methoden, seinen anti-elitären und anti-kapitalistischen Radikalismus sowie seine Neigung zu verdächtigen Mitarbeitern mit Faschismus verwechselten) nicht als faschistisch oder rechtsradikal eingestuft werden. Seine Anhänger kamen zudem vor allem aus ländlichen und kleinstädtischen Gegenden des Südens, bestanden also kaum aus den hier interessierenden vor allem städtischen Mittelschichten; vgl. T. H. Williams, *Huey P. Long*, New York 1969. – Die „Liberty League“, eine konservative Anti-New-Deal-Organisation blieb eine Organisation von reichen Geschäftsleuten ohne Massenbasis und kann weder als rechtsradikal noch als faschistisch eingestuft werden; vgl. G. Wolfskill, *The Revolt of the Conservatives*, Boston 1962.

seinen Thesen. Besonders nach dem Wahljahr 1936, das die Grenzen seiner Macht in bezug auf Präsidentschaftswahlen deutlich gezeigt hatte – der von ihm gestützte Kandidat hatte gegen Roosevelt katastrophal abgeschnitten –, traten in Coughlins Programm faschistische Momente klar hervor. Im Unterschied zu traditionellen rechtsradikalen Bewegungen in Amerika (einschließlich des Ku-Klux-Klan) polemisierte er nicht gegen die Gefahr eines starken Staates, sondern forderte intensive staatliche Wirtschafts- und Sozialinterventionen. Seine anti-elitäre Stoßrichtung, häufig in populistischer Sprache dargeboten, färbte sich zunehmend anti-kapitalistisch ein. Zugleich attackierte er Kommunisten und Sozialisten auf das heftigste und wandte sich zunehmend gegen unabhängige Gewerkschaftsbewegungen und Streiks. Seine antipluralistische Polemik richtete sich gegen Parteipolitik als solche. Seit 1938 sprach er sich vage für korporative Wirtschafts- und Gesellschaftsformen aus. Seine Rhetorik folgte Freund-Feind-Mustern, forderte Glauben statt zu argumentieren, spielte mit Verschwörungsphantasien und rückte zunehmend einen abstrakten, gegen den Juden als solchen gerichteten Antisemitismus in den Vordergrund. Organisatorisch nahm er paramilitärische Momente auf<sup>88</sup>. Entscheidend für die Fragestellung dieses Artikels ist nun, daß, soweit aus den Umfrageergebnissen seit 1938 erkennbar, angestellte Mittelschichten unter den Anhängern dieser immer radikaleren faschistoiden Bewegung nicht überrepräsentiert waren. Arbeiter, Arbeitslose und Bauern neigten insgesamt stärker zu Coughlin als Angestellte, während „professionals and those in business“ am meisten Skepsis und Ablehnung zeigten<sup>89</sup>.

Rechter Radikalismus<sup>90</sup> trat in den Vereinigten Staaten traditionell mit anderen ideologischen Inhalten auf als in Deutschland. Auch wenn er anti-egalitäre, prä-

<sup>88</sup> Vgl. zur frühen Zeit: D. H. Bennett, *Demagogues in the Depression*, New Brunswick 1969, S. 29 ff., 190 ff. (besonders zu seiner Zusammenarbeit mit William Lemke und Francis Townsend); Ch. J. Tull, *Father Coughlin and the New Deal*, Syracuse, N.Y. 1965, bes. S. 175–238 zur radikaleren Phase ab 1936, zu seiner Gründung der „Christian Front“ 1938 (S. 189 f.) mit vielen Zitaten aus seiner Zeitschrift „Social Justice“; zu den Umfrageergebnissen: H. Cantril, *Public Opinion, 1935–1946*, Princeton, N. J. 1951, S. 147 f.

<sup>89</sup> S. M. Lipset, *Three Decades of the Radical Right*, in: D. Bell (Hrsg.), *The Radical Right*, New York, 2. Aufl. 1963, S. 330–391; Lipset/Raab, *The Politics of Unreason*, S. 171 bis 178. Die Zustimmung zu Coughlin korrelierte am stärksten mit religiösen Faktoren, insbesondere mit der Zugehörigkeit der Antwortenden zur katholischen Kirche.

<sup>90</sup> Diese Gedankenführung setzt die Existenz eines Phänomens „rechter Radikalismus“ voraus, das trotz vieler hier nur z. T. angesprochener internationaler Unterschiede sowohl in den USA wie in Deutschland (zumindest in Ansätzen) auftrat. Ohne hier auf Theorie und Definition des Rechtsradikalismus eingehen zu können, sei wenigstens kurz angedeutet, was wir damit meinen. Zu seinen Kernbestandteilen in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts in einigermaßen entwickelten Gesellschaften gehörte es mindestens: anti-egalitäre und insofern antidemokratische Ziele in sozialer und politischer Hinsicht zu verfolgen; präservatistische, privilegierte, status- und machtorientierte Defensivhaltungen gegen demokratisierende und nivellierende Kräfte und Tendenzen zu zeigen; liberale Menschen- und Bürgerrechte, individuelle und kollektive (insbesondere minoritäre) Freiheiten mit Skepsis zu betrachten bzw. nicht zu respektieren; gesellschaftliche Konflikte und ihre offene, aber rechtsstaatlich geregelte Austragung zugunsten autoritärer Lösungen zu verneinen; in einem weiten und ver-

servativistische Funktionen erfüllte, bediente er sich angesichts vorherrschender demokratischer Werthaltungen noch weniger anti-egalitärer Rhetorik als die entsprechenden politischen Gruppen in Deutschland. Die Gruppen und Werte, die ihm offen als Gegenstände von Verteidigung und Angriff dienten, definierte er selten in klassengesellschaftlichen, ständischen oder anderen auf sozialökonomische Formationen Bezug nehmenden Kategorien. Antiproletarische Ressentiments, Mittelstandsrhetorik und Antisozialismus spielten schon deshalb im amerikanischen Rechtsradikalismus eine geringere Rolle als ethnische, rassische und religiöse Differenzen, Feindbilder, Sündenböcke und Identifikationen. Religiöser Moralismus, nativistischer Fremdenhaß und Rassismus dienten in den USA auch im ersten Drittel dieses Jahrhunderts noch als Hauptkanäle, durch die sich die verschiedensten, mit den Prozessen der Urbanisierung und Industrialisierung entstehenden sozialen Konflikte und Ängste, verzerrt und sich selbst nicht verstehend, entluden. Ganz im Unterschied zu Deutschland kennzeichneten den amerikanischen Rechtsradikalismus (wie übrigens auch den amerikanischen Konservatismus) betont anti-etatistische Haltungen, die sich ökonomisch als Verteidigung der möglichst unbeschränkten kapitalistischen Unternehmer- und Marktwirtschaft, sozial als Ablehnung von sozialstaatlichen Tendenzen und politisch als Verteidigung der einzelstaatlichen Rechte und Beschwörung der amerikanischen Verfassungstraditionen äußerte. Erst seit den 30er Jahren entstanden in anderer Hinsicht als „rechts“ zu definierende und von Beobachtern wie Historikern meist auch als „rechts“ analysierte kleinere Massenbewegungen auf der amerikanischen Szene, die, im Gegensatz zur Tradition der amerikanischen Rechten und in größerer Ähnlichkeit zu rechtsradikalen Strömungen auf dem europäischen Kontinent, nach dem stärkeren Staat, nach seinen wirtschaftslenkenden, sozialstaatlichen und ordnungserhaltenden Eingriffen riefen: Father Coughlin in den 30er und George Wallace in den 60er Jahren<sup>91</sup>.

Es würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen, diese deutsch-amerikanischen Unterschiede und diese inneramerikanischen Veränderungen innerhalb der manifesten Programmpunkte und ideologischen Inhalte rechtsradikaler Gruppen und Kräfte weiter zu verfolgen und zu erklären. Hier soll vielmehr nur betont werden, daß zumindest im Depressionsjahrzehnt nicht nur die ideologische Ausstattung und die Intensität, sondern auch die soziale Basis rechtsradikaler Strömungen in USA anders waren als in Deutschland. Vielleicht mit Ausnahme der „Silver Shirts“ fanden die amerikanischen rechtsradikalen Gruppen älterer und neuerer Provenienz keine überdurchschnittliche, wahrscheinlich aber unterdurchschnittliche Unterstützung bei den angestellten Mittelschichten.

---

schieden konkretisierbaren Sinne anti-emanzipatorisch zu sein, d. h. der rationalen Selbstverwirklichung zunehmend mündiger Individuen in immer weniger naturwüchsig sich entwickelnden Gesellschaftsordnungen hinderlich oder feindlich gegenüberzustehen.

<sup>91</sup> Vgl. Lipset/Raab, a. a. O., S. 3–33; S. 110–149 zu den 20er Jahren; S. 150–208 zur Depressionszeit; S. 358–427 zu George Wallace, unter dessen Wählern und Gefolgschaft Angestellte wiederum eher unter- als überrepräsentiert zu sein scheinen.

## VI

Dieses Ergebnis wird durch eine grobe Analyse einiger Wahl- und Umfrageergebnisse, wie sie seit Mitte der 30er Jahre für die USA zur Verfügung stehen, erhärtet:

Tabelle 6: Anteil der Roosevelt-Stimmen an allen für die beiden Hauptkandidaten abgegebenen Stimmen 1936 und 1940 (in %) <sup>22</sup>

	1936	1940
ungelernte Arbeiter	81	69
angelernte Arbeiter	74	67
gelernte Arbeiter	67	59
Arbeiter insgesamt	74	66
Angestellte	61	48
Unternehmer	47	34
nationaler Durchschnitt	62,5	55

Die Stimmenverteilung in den Präsidentschaftswahlen 1936 und 1940 bestätigt die bekannte Zwischenposition der Angestellten, läßt aber auch erkennen, daß ihr Wahlverhalten dem der Arbeiter stärker ähnelte als dem der Unternehmer; die Zahlen weisen weiterhin auf eine relativ deutliche Abwendung der Angestellten von Roosevelt in den Jahren hin, in denen die konservative Kritik an der New-Deal-Politik anschwellt. Unterteilt man jedoch die Kategorie „Angestellte“, soweit es die Umfrageergebnisse erlauben, so ergibt sich ein anderes Bild. Doch sei hier zunächst auf ein definitorisches Problem hingewiesen.

Als Gallup und Roper um die Mitte der 30er Jahre begannen, Umfrageergebnisse nach sozioökonomischen oder Beschäftigungsgruppen aufzugliedern, konnten sie sich auf kein allgemein durchgesetztes Schema stützen, zumal die offiziellen Bevölkerungs- und Berufsstatistiken fast durchweg nur nach Wirtschaftsabteilungen unterteilten. Sie benutzten daher verschiedenartige, wechselnde Kategoriensysteme ohne allzu genaue Definitionen und überließen den Interviewern weitgehend die Einordnung der Befragten in die jeweilige Kategorie. Die zunächst im Folgenden herangezogenen Roper-Umfragen unterscheiden folgende Beschäftigungsgruppen: 1. professionals; 2. proprietors (farm); 3. proprietors (other); 4. housekeepers; 5. salaried (minor); 6. salaried (executive); 7. wages (factory); 8. wages (farm); 9. wages (other); 10. retired; 11. unemployed; 12. students. Die Gruppe der „professionals“ enthielt freiberufliche und angestellte Personen, diese fast durchweg von höherem Status und Einkommen. Die Gruppe „salaried (executive)“ enthielt anweisungsberechtigte, gehobene Angestellte relativ hohen Einkommens und Ranges. Sie werden im folgenden „gehobene Angestellte“ oder „Angestellte (exek.)“ ge-

<sup>22</sup> E. G. Benson und E. Wicoff, *Voters Pick Their Party*, in: *Public Opinion Quarterly* 8 (1944), S. 168–69. Die Zahlen für die *professionals* lauteten: 49 und 38, für die Bauern 59 und 54. Die Gruppe *business* bezog, so scheint es, nur Selbständige ein, zur Gruppe der *professionals* gehörten auch akademisch gebildete Angestellte. Wo für die Interviewer genau die Grenze zwischen *white collar* und *professionals* verlief, bleibt unklar.

nannt. Die Gruppe der „salaried (minor)“ umfaßte, von der relativen Größe der Teilgruppen in den Samples zu schließen, ca. zwei Drittel aller Angestellten, wahrscheinlich vor allem die große Mehrzahl der *clerical* und der *sales workers*<sup>93</sup>. Diese Mehrheit steht im Mittelpunkt des Interesses dieser Untersuchung und wird im folgenden als „untere und mittlere Angestellte“ oder „Angestellte (min.)“ bezeichnet.

1936 stimmten die unteren und mittleren Angestellten zu 67%, die gehobenen Angestellten zu nur 50% für Roosevelt. Jene glichen damit völlig den gelernten Arbeitern, diese bis auf drei Prozent den Unternehmern<sup>94</sup>. Eine mit leicht veränderten Kategorien arbeitende Gallup-Umfrage vom November 1940 kam zu ähnlichen Ergebnissen<sup>95</sup>:

Tabelle 7: Anteil der Roosevelt-Stimmen 1940  
(Stimmen für dritte Kandidaten nicht eliminiert)

ungelernte Arbeiter (ohne Landwirtschaft)	68,7%	( 227)
angelernte Arbeiter	47,4%	( 318)
gelernte Arbeiter	49,2%	( 270)
Angestellte (ohne gehobene)	47,0%	( 617)
„professionals“	27,5%	( 247)
Eigentümer (ohne Landwirtschaft)	26,1%	( 344)
Nationaler Durchschnitt	44,5%	(3127)

Solche Ergebnisse deuten auf eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen gelernten (zum Teil auch angelernten) Arbeitern einerseits und den unteren und mittleren Angestellten andererseits hin, also auf eine breite Mittelgruppe, von der sich sowohl die unteren Arbeiterschichten wie die gehobenen Angestellten und Unternehmer deutlich abhoben. Sie zeigen zudem das hohe Maß an Angestelltenunterstützung für die Reformen des New Deal und sprechen gegen eine mehrheitliche Rechtswendung der unteren und mittleren Angestellten während der 30er Jahre.

Die durchschnittlichen Meinungen der unteren/mittleren Angestellten und der

<sup>93</sup> Zur numerischen Gewichtung dieser Angestelltenkategorien vgl. oben S. 355. Die im folgenden herangezogenen zum größten Teils unveröffentlichten Ergebnisse der frühen Gallup-Umfragen (American Institut of Public Opinion-AIPO) und Roper-Fortune-Umfragen wurden mir dankenswerterweise mit der finanziellen Hilfe der Harvard-Universität aus der Datenbank des Roper Public Opinion Research Center in Williamstown, Mass., zugänglich gemacht. Eine genauere Definition der hier benutzten Berufsgruppenkategorien erlaubte das Material nicht.

<sup>94</sup> Aufgrund Roper Study 5, Question III,7 vom 7. Januar 1939. Die Totalen betragen 464 für die „salaried minor“, 218 für die „salaried executive“ und 490 für die „wage workers“ (Werte umgerechnet auf Roosevelt plus Landon = 100)

<sup>95</sup> AIPO No. 224 vom 19. Nov. 1940, Question 8 A.B. In ländlichen und kleinstädtischen Bezirken (unter 10000 Einwohnern) war der Anteil für Roosevelt unter den Angestellten sogar höher als unter den gelernten und angelernten Arbeitern. Die englischen Kategorien lauteten „unskilled wage-workers (non-farm)“, „semi-skilled wage-workers“, „skilled workmen“, „clerks“, „professionals“, „proprietors (non-farm)“.

Arbeiter differierten am stärksten in bezug auf das wünschenswerte Maß von staatlichen Interventionen in Wirtschaft und Gesellschaft. In der Verteidigung wirtschaftsliberaler Zustände gegen sozialstaatliche Tendenzen erwiesen sich die Angestellten im Durchschnitt als ein wenig entschiedener und damit konservativer als die Arbeiter. Diese Differenz blieb, wenn auch abgeschwächt, sichtbar, wenn man Angestellte und Arbeiter derselben Einkommensgruppe<sup>96</sup> miteinander verglich. Angestellte hatten deutlich mehr Bedenken gegen konfiskatorische Steuern zur Beschneidung höchster Einkommen<sup>97</sup>; gegen den Vorschlag, der Regierung die volle Verantwortung dafür aufzubürden, daß jeder Arbeitswillige einen Arbeitsplatz habe<sup>98</sup>; oder gegen Roosevelts im Vergleich zu früher sehr weitgehendes Fürsorgeprogramm (in Bundeskompetenz)<sup>99</sup>. Angestellten-Arbeiter-Differenzen trotz gleicher ökonomischer Lage zeigten sich in einem geringeren Grade auch bei der Beurteilung von Roosevelts (in der Öffentlichkeit für kritisch, ja ablehnend gehaltenen) Haltung gegenüber den Unternehmern und seiner als progewerkschaftlich geltenden Arbeiterpolitik<sup>100</sup>. Wenn sich somit herausstellt, daß sich Unterschiede in der wirt-

<sup>96</sup> Die Einordnung der Befragten in eine von vier Einkommenskategorien („economic groups“) wurde den Interviewern überlassen, die dazu Lebensstandardskriterien (Wohngegend, Qualität des Hauses, des Autos, der Kleider usw.) bzw. entsprechende Gesprächsinformationen benutzen sollten. „It is a classification of respondents based on how well off and how poorly off they seemed to be financially as shown by the way they live and the things they have and do.“ A bezeichnete die wohlhabendste, D die ärmste der vier zur Auswahl stehenden Gruppen. Solche Kategorisierung wurde nur von den Roper-Fortune-Umfragen benutzt.

<sup>97</sup> Roper Study 3, Question III, 4 (Nov. 1938). Dagegen waren 64% der unteren und mittleren Angestellten, aber 43,9% der Fabrikarbeiter.

<sup>98</sup> Roper Study 5, Question II, 1 e (März 1939). In der vorletzten bzw. letzten ökonomischen Gruppe sprachen sich 72,8 bzw. 79,4% der Fabrikarbeiter, aber nur 56,3 bzw. 65,5% der Angestellten (min.) für eine solche Verantwortung aus.

<sup>99</sup> Roper Study 9, Question I, 4 (Sept. 1939). Für Roosevelts Fürsorgeprogramm sprachen sich aus:

aus Kategorie A:	30 %
„ „ B:	38 %
„ „ C:	51 %
„ „ D:	64 %

innerhalb Kategorie C: die Angestellten (min.): 55 %

die Fabrikarbeiter : 70 %

innerhalb Kategorie D: die Angestellten (min.): 61 %

die Fabrikarbeiter : 80 %

Ähnliche Unterschiede bestanden in der Haltung gegenüber „government spending“, gegenüber dem Townsend-Plan, der staatlich garantierte Altersrenten vorsah und von Arbeitern stärker begrüßt wurde als von Angestellten etc.

<sup>100</sup> Roper Study 9, Question I, 4 h und i (September 1939):

Im ganzen zustimmend zu Roosevelts „attitude toward business and businessmen“: Kategorie A: 17 %; B: 28 %; C: 36 %; D: 43 %;

innerhalb C: Eigentümer 32 %

Angestellte (min.) 59 %

Fabrikarbeiter 43 %

schafts- und sozialpolitischen Orientierung zwischen Angestellten und Arbeitern nicht voll auf Unterschiede zwischen Einkommensgruppen zurückführen lassen, zeigt doch das vorgelegte Material zugleich, daß die Einkommenshöhe als Bestimmungsfaktor zumeist wichtiger war als der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten als solcher<sup>101</sup>.

Insbesondere galt dies für die untersten Einkommensgruppen, in denen die Differenz zwischen Angestellten und Arbeitern am weitesten zusammenschumpfte<sup>102</sup>. Nach einer Untersuchung der Bevölkerung der Industriestadt Akron (Ohio) 1938/39 zeigten Angestellte, die auf schlechtestbezahlten Notstandsprojekten beschäftigt waren und damit die Erfahrung längerer Arbeitslosigkeit durchgemacht hatten, Meinungen über Gewerkschaften, Streiks, Großunternehmen und Sozialpolitik, die sich von den Meinungen organisierter Arbeiter kaum unterschieden<sup>103</sup>.

innerhalb D: Eigentümer 43 %  
Angestellte (min.) 47 %  
Fabrikarbeiter 53 %.

Im ganzen zustimmend zu Roosevelts „attitude toward labor and labor unions“: Kategorie A: 20%; B: 29%; C: 41%; D: 50%;

innerhalb C: Eigentümer 41 %  
Angestellte (min.) 48 %  
Fabrikarbeiter 55 %

innerhalb D: Eigentümer 42 %  
Angestellte (min.) 64 %  
Fabrikarbeiter 68 %

<sup>101</sup> Vgl. etwa letzte Anmerkung. Das gilt auch für die Wahlergebnisse selbst. Man vergleiche die folgenden Zahlen mit der oben wiedergegebenen Aufgliederung der Wahlergebnisse nach Beschäftigungsgruppen:

Einkommensempfänger	% Roosevelt-Stimmen	
	1936	1940
\$ 50 p. Woche u. mehr	42	28
\$ 20–\$ 50 p. Woche	60	53
weniger als \$ 20 p. Woche (einschl. Fürsorge)	76	69
Fürsorgeempfänger und auf Notstandsarbeiten Beschäftigte	84	80

Nach D. Katz, *The Public Opinion Polls and the 1940 Election*, in: *Public Opinion Quarterly* 5 (März 1941), S. 71. Die Verluste Roosevelts von 1936–1940 waren also bei den Wohlhabendsten am deutlichsten, bei den Ärmsten am unbedeutendsten.

<sup>102</sup> Roper Study 4, Question I, 7 (Januar 1939). Für Roosevelt stimmten danach 1936:

	Kategorie C	Kategorie D
Angestellte (min.)	68	80
Fabrikarbeiter	77	80

(Umgerechnet auf Roosevelt-Stimmen plus Landon-Stimmen = 100).

<sup>103</sup> Vgl. A. W. Jones, *Life, Liberty and Property*, Toronto 1941, S. 289–299, 326.

Antworten auf Fragen, die sich auf das Gebiet der Menschen- und Bürgerrechte, der Vorurteile und der nicht-ökonomischen Aspekte von Freiheit und Demokratie beziehen, ergeben ein Bild, in dem die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten weiter dahin schwinden, oder das die Angestellten als ein wenig liberaler, progressiver oder „linker“ als die Arbeiter erscheinen läßt. Nur einige Ergebnisse können hier aufgeführt werden. Dabei sollen Resultate von Gallup-Umfragen benutzt werden, die zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern wie auch zwischen (einer Minderheit von) qualifizierten Angestellten und (einer Mehrheit von) Angestellten ohne besondere Qualifikation unterschieden. Die Tabelle 8 enthält die Antworten auf folgende Fragen:

1. Sollte Amerika die größte Marine der Welt haben?
2. Glauben Sie, daß der Präsident der USA die Macht eines Kriegsdiktators haben sollte?
3. Wenn Sie zwischen Faschismus und Kommunismus wählen müßten, welchen würden Sie wählen?
4. Würden Sie eine verbreitete Aktion (*campaign*) gegen die Juden in diesem Land unterstützen?
5. Die „Daughters of the American Revolution“ gestatteten es einem wohlbekannten Neger-Sänger nicht, ein Konzert in ihren Räumlichkeiten zu geben. Als Protest dagegen trat Mrs. Franklin D. Roosevelt aus der Organisation aus. Stimmen Sie dieser Handlung zu?
6. Glauben Sie, daß staatliche und lokale Behörden Gewalt gegen *sit-down strikers* einsetzen sollten?
7. Befürworten Sie die Todesstrafe?

Tabelle 8<sup>104)</sup>

Nummer der Frage	1		2		3		4		5		6		7	
	% ja	% nein	% ja	% nein	% Fasch.	% Komm.	% ja	% nein	% ja	% nein	% ja	% nein	% ja	% nein
ungelernte Arbeiter	45	12	15	44	25	20	14	79	62	37	46	37	57	56
gelernte Arbeiter	39	12	17	57	25	27	12	79	61	24	65	24	55	58
Angestellte ohne bes. Qualifikation	44	15	15	45	19	59	8	88	65	30	63	30	69	27
qualifizierte Angestellte	58	14	14	47	50	50	9	84	59	50	70	20	62	32
Gesamtdurchschnitt aller Beschäftigungsgruppen	58	23	16	42	25	24	17	82	59	27	61	24	60	33
Nr. und Datum der Gallup-Umfrage	Nr. 113 Feb. 58				Nr. 146 Dez. 58		Nr. 121 Mai 58		Nr. 150 März 59				Nr. 105 Nov. 57	

<sup>104)</sup> Die Summe aus Ja- und Nein-Anteilen ist weniger als 100, da die Unentschiedenen oder ausbleibenden Antworten nicht aufgeführt sind. Weitere, hier nicht wiedergegebene Beschäftigungsgruppen sind im Original ebenfalls enthalten.



Ausgenommen in der Frage der Todesstrafe (7) erscheinen die Angestelltenantworten nicht als illiberaler oder rechtsgerichteter als die der Arbeiter. Angestellte zeigen kein größeres Interesse an einem amerikanischen Seemachtvorsprung (1), was darauf hinzudeuten scheint, daß ihnen expansives nationales Wünschen nicht geläufiger war als anderen. Weniger als die Arbeiter und der Bevölkerungsdurchschnitt erklärten sie sich bereit, kriegsdiktatorische Gewalten der Exekutive – als Mittel zur Krisenüberwindung seit langem in der Diskussion – zu akzeptieren (2). Vor die fiktive Wahl zwischen Kommunismus und Faschismus gestellt (3), fiel ihre – natürlich nur verbale, schwer auf Gewichtigkeit und Ehrlichkeit überprüfbare – Entscheidung gegen rechts, dank der sich ziemlich anti-faschistisch gebenden weniger qualifizierten Angestellten, recht deutlich aus, deutlicher als bei den Arbeitern, den gelernten zumal. Entschiedener als die Arbeiter lehnten sie die Teilnahme an antisemitischen Aktionen ab (4), obwohl anzunehmen ist, daß die Art ihrer Arbeit sie öfter in Konkurrenzsituationen mit Juden brachte als im Falle der Produktionsarbeiter. Der Ehrlichkeitsgrad ist allerdings gerade bei den Antworten auf diese Frage schwer zu ergründen. Die Zustimmung zu einem demonstrativen Protest gegen die Negerdiskriminierung (5) (ein Protest, der sie nicht direkt in Mitleidenschaft zog) fiel besonders bei den weniger qualifizierten Angestellten deutlicher aus als bei den Arbeitern (die durch die Arbeitskonkurrenz der Farbigen auch viel unmittelbarer in ihrem täglichen Leben betroffen waren!). Die qualifizierten Angestellten hielten mit ihrer Zustimmung eher zurück. Im übrigen scheint es, als ob mit steigendem Einkommen und wachsendem sozioökonomischen Status eher die Indirektheit der Diskriminierung, keineswegs aber die Toleranz selbst zunahm<sup>105</sup>. In

tigungsgruppen waren: *professionals, businessmen*, WPA-Beschäftigte, z. T. auch Hausfrauen, Studenten und Pensionäre.

<sup>105</sup> Drei Möglichkeiten wurden zur Wahl gestellt: 1. Gesetze, die Neger zum Wohnen in bestimmten Distrikten zwingen; 2. ungeschriebenes Einverständnis und sozialer Druck, um Neger aus weißen Wohngebieten herauszuhalten; und 3. weder Gesetze noch sozialer Druck, sondern völlige Wohnfreiheit der Neger. Es entschieden sich für

	Mögl. 1	Mögl. 2	(1 + 2)	Mögl. 3
Einkommenskategorie A:	38	50	88	9
B:	40	48	88	9
C:	44	45	87	9
D:	48	55	83	12
in Kategorie C:				
Eigentümer (ohne Landwirte)	45	38	83	14
Angestellte (min.)	40	48	88	9
Fabrikarbeiter	41	37	84	11
in Kategorie D:				
Eigentümer (ohne Landwirte)	54	29	83	14
Angestellte (min.)	53	39	82	8
Fabrikarbeiter	51	39	90	10

(Nach Roper Study 2, Question III, 4 (Sept. 1959).

der Frage der Gewaltanwendung gegen streikende Arbeiter (6), einem Problem, in dem sich Bürgerrechte und Sozialpolitik vermischten, fällt die bereits mehrfach beobachtete Übereinstimmung zwischen gelernten Arbeitern und unteren/mittleren Angestellten auf, die sich gemeinsam von den gehobenen Angestellten einerseits und den ungelerten Arbeitern andererseits unterschieden<sup>106</sup>. In Fragen der Sexualität und des Alkoholverbots – die Prohibition war erst 1933 wieder aufgehoben worden – blieb der Unterschied zwischen Angestellten und Arbeitern unscheinbar<sup>107</sup>.

## VII

Die Aussagekraft von notwendig unverbindlichen Antworten auf Meinungsumfragen ist nicht allzu gesichert, besonders wenn sie, wie hier, losgelöst von der ganz besonderen, von Monat zu Monat sich ändernden politischen Situation verwendet werden. Die definitorische Abgrenzung zwischen den einzelnen Beschäftigungsgruppen des repräsentativen Querschnitts konnte nicht genau rekonstruiert werden, sie wurde wohl auch von den Befragern ungenau gehandhabt. Die in den einzelnen Teilgruppen zusammengeschlossenen Personen waren zweifellos in beruflicher, sozialer, ethnischer, religiöser, geographischer und anderer Weise äußerst heterogen. Die hier verfügbaren Durchschnittswerte abstrahieren deshalb mehr von lebensbedeutsamen Verschiedenheiten, als es der Historiker gemeinhin konzidiert, doch zwingt der Mangel an anderem Material zu einer gewissen Großzügigkeit bei der ersten Erforschung dieses neuen Terrains. Die Technik dieser ersten Umfragen war noch weniger ausgefeilt als später. All dies erfordert äußerste Vorsicht bei der Ergebnisformulierung, die, unter Verzicht auf Details, lediglich auf die Fragen dieses Aufsatzes antworten soll.

Der Unterschied Arbeiter - Angestellte markierte in der amerikanischen soziopolitischen Landschaft der Depressionsjahre keine sehr signifikante Grenzlinie. Die Situation in den Vereinigten Staaten dürfte sich damit klar von der deutschen unterscheiden haben, mit der sie gleichwohl nach Härte der Depression und Not (auch in der objektiven Auswirkung auf die Angestellten) durchaus vergleichbar war. Dieser Befund gibt jenen Zeitgenossen recht, die die Arbeiter und die Mehrheit der Angestellten in ihren politischen Programmen und Aktionen, in ihren Analysen und Hoffnungen zusammensahen und gleich behandelten.

Bedeutsamer als die Grenzlinie zwischen *white collar* und *blue collar employees*,

<sup>106</sup> Darin spiegelt sich eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen unteren Angestellten- und oberen Arbeiterschichten in der Haltung zu gewerkschaftlichen Aktivitäten. Dies bestätigt auch eine Roper-Umfrage vom Oktober 1937 (Cantril, *Public Opinion*, S. 546, No. 2), nach dem die „minor salaried workers“ in ihrer Stellungnahme zum angeblich vom CIO ausgehenden Zwang sehr viel mehr den Fabrikarbeitern als den höheren Angestellten glichen.

<sup>107</sup> Nach Roper Study 2, Question II, 3 (Frage nach Ablehnung des Geschlechtsverkehrs von Frauen vor der Ehe) und AIPO No. 135 (Oktober 1938).

zwischen Angestellten und Arbeitern, waren – und auch das unterschied die amerikanische Situation von der deutschen – zwei Scheidungslinien, von denen eine die *working class* und eine die *new middle class* durchschnitt. Eine breite Mittelgruppe, die untere und mittlere Angestellte wie auch bessergestellte Arbeiter einschloß, unterschied sich dadurch einerseits von der Schicht gehobener Angestellter, die in Orientierung und Wahlverhalten zusammen mit den meisten Freiberuflichen auf die Seite der Besitzenden neigte und ca. ein Drittel aller Angestellten ausmachte<sup>108</sup>. Das hier benutzte Material erlaubt keine weitergehenden Aussagen über den Verlauf dieser Trennungslinie, bzw. darüber, welche Berufsgruppen zu jenem gehobenen konservativeren Drittel der Angestellten im einzelnen gehörten und welche nicht. Jedenfalls scheinen die meisten *professionals* die Meinungen der *business class* geteilt zu haben. Die umfangreichen Gruppen der *clerical workers* und *sales workers*, also der Büro- und kaufmännischen Angestellten, gehörten dagegen zu der arbeiternahen Mehrheit. Welchem der beiden Seiten ein Angestellter zugehörte, entschied sich jedoch durch keinen Faktor mehr als durch sein Einkommen. Die detaillierte Untersuchung einer großen Industriestadt fand heraus, daß sich ungefähr an der 3000-Dollar-pro-Jahr-Grenze die Geister schieden<sup>109</sup>. Die breite Mittelgruppe aus unteren und mittleren Angestellten sowie bessergestellten Arbeitern unterschied sich andererseits von der großen Zahl der ungelerten Arbeiter, zu denen die große Mehrheit der *new immigrants* und fast alle Neger gehörten. Vergleichsweise dürften die relative ethnische Homogenität der deutschen Gesellschaft, eine ganz andere Tradition der Arbeiterbewegung und die dahinter stehende zähere und länger währende soziale Ausgrenzung der gesamten Arbeiterklasse diese Unterscheidungslinie in Deutschland stark zurückgedrängt haben.

In der ökonomischen Not und dem sozialen Druck dieser Jahre, als Arbeitslose und Verarmte, radikalisierten sich gerade die unteren Angestelltenschichten in den Staaten nicht unter rechtem Vorzeichen, sondern näherten sich den Haltungen der Entschiedeneren und Kritischeren unter den organisierten Arbeitern. Ein spezifischer Mittelstandsprotest, der sich sowohl gegen die wirtschaftlich Mächtigen wie gegen die organisierte Arbeiterschaft gerichtet hätte, blieb aus. Auch die gehobenen Angestellten, die nicht mit *labor* sympathisierten, bildeten keine eigenständige Gruppe, sondern teilten weitestgehend die konservativen Einstellungen der *business*-Gruppen<sup>110</sup>. In Deutschland, mit seiner Tradition ständischen Denkens und mittel-

<sup>108</sup> Das bestätigt Koruhauser, *Analysis*, S. 254 ff. aufgrund einer Untersuchung von mehreren tausend Bewohnern Chicagos (1937): „The largest gap is rather between the business group together with the associated professions of engineering and law, on the one hand, and the worker groups composed of manual laborers and the lower levels of white-collar employees, on the other.“ (S. 254).

<sup>109</sup> Vgl. ebda., S. 254–255.

<sup>110</sup> Ein sowohl antikapitalistischer, wie antisozialistischer Mittelstandsprotest war den amerikanischen Erfahrungen so fremd, daß auch aufmerksame Beobachter die deutsche Szene falsch beurteilten. So verkannte L. Corey den sich von der Arbeiterschaft absetzenden, antisozialistischen – aber doch zugleich auch anti-elitären und z. T. antikapitalistischen – Deutschenationalen Handlungsgehilfen-Verband als eine Organisation, die sich auf die Position des

ständischer Politik, scheint eine linksgerichtete Radikalisierung der kleinen Angestellten eher die Ausnahme gewesen zu sein. Sieht man von ihren besser verdienenden oberen Schichten ab, so gehörten die amerikanischen Angestellten in ganz ähnlicher Weise wie die gelernten Arbeiter (wenn auch weniger durchgängig als die ungelerten) zur Roosevelt-Koalition. Ein „white collar backlash“ fand unter ihnen nicht statt. Die Reformen und die Rhetorik des New Deal – beide ein wenig links von der Mitte, aber weder radikal noch sozialistisch – verschreckten sie nicht, sondern entsprachen ihren Wünschen bzw. blieben innerhalb ihrer Toleranzbreite.

Innerhalb des amerikanischen Spektrums und insbesondere im Verhältnis zur amerikanischen Arbeiterschaft, war der durchschnittliche amerikanische Angestellte der unteren und mittleren Ränge in ökonomischer und wirtschaftspolitischer (z. T. auch sozialpolitischer) Hinsicht relativ konservativ und in seiner Verteidigung eines vorsozialstaatlichen Systems ein wenig rechts von der Mitte. In seiner Haltung zu Bürgerrechten und Nationalismus, zu nichtökonomischen Aspekten von Freiheit und Demokratie scheint er in der gemäßigten Mitte oder ein wenig links davon rangiert zu haben. Mit ihrem ökonomischen und sozialpolitischen Anti-Etatismus standen die amerikanischen Angestellten in einer langen Tradition der politischen Rechten ihres Landes, mit ihrer relativen Progressivität in Dingen der Bürgerrechte, Vorurteile und Toleranz zweifellos nicht. Beides jedoch immunisierte sie gegen eine faschistische oder faschismus-ähnliche Lösung (zu der der Ruf nach dem starken Staat wie der Abbau der nicht-ökonomischen liberal-demokratischen Tradition ja wesensmäßig gehören) und unterschied sie zugleich von den entsprechenden Gruppierungen in Deutschland.

Warum in den Vereinigten Staaten faschistische Strömungen in der Depressionszeit im Vergleich zu Deutschland so geringfügig blieben – dieses vielschichtige Problem hat dieser Aufsatz nur am Rande berührt. Auch der Vergleich zwischen amerikanischen und deutschen Angestellten war lediglich sein indirektes Interesse, nicht sein unmittelbares Ziel. Es ging ihm vor allem darum, die Situation und Reaktion der amerikanischen angestellten Mittelschichten in der Wirtschaftskrise der 30er Jahre sowie ihren relativen soziopolitischen Standort im Spektrum ihres eigenen Landes zu bestimmen. Falls überzeugend gezeigt werden konnte, daß die amerikanischen Angestellten in ihrem Land nicht zu den nach rechts ziehenden Kräften gehörten (während die Mehrheit der deutschen Angestellten der Zwischenkriegszeit im deutschen Spektrum zweifellos zu den Rechtskräften zählten), so wäre der Zweck dieser Untersuchung erreicht. Es gälte dann einmal, dieses hier in sehr groben Linien skizzierte Ergebnis zu verfeinern, u. a. zwischen Regionen und Berufsgruppen zu differenzieren. Die Untersuchung der älteren und der in den 30er Jahren neu entstehenden, meist sehr kleinen Berufsverbände der Angestellten<sup>111</sup>

„top-capitalist management“ gestellt habe (The Middle Class, in: Antioch Review, März 1945<sup>5</sup> S. 84, Anmerkung 10).

<sup>111</sup> Dazu mein Aufsatz über die Organisationen amerikanischer Angestellter in den 30er Jahren in dem demnächst erscheinenden, von H. A. Winkler hrsg. Band „Amerika und die große Krise“ (vgl. oben Anm. 49).

könnte dabei weiterhelfen. Zum andern wäre nach den historischen Ursachen des skizzierten Tatbestandes zu fragen, der übrigens erst – und das ist die Chance eines wenn auch nur implizit komparativen Ansatzes – im Lichte der ganz anderen Entwicklung in einem Vergleichsland zum Problem wird. Selbst wenn sich dabei herausstellen würde, daß die *relativ* progressive Orientierung der Angestelltenmehrheit vor allem auf dem *relativen* Konservatismus einer nicht von Sozialismus und proletarischer Bewegung geprägten Arbeiterschaft (die hier vor allem als Vergleichsgruppe diente) beruhte<sup>112</sup>, gälte es, diese von der deutschen stark abweichende Konstellation strukturgeschichtlich zu erklären. Nur eine umfassende Fragestellung mit vergleichender Perspektive, die sicherlich bis ins 19. Jahrhundert zurückgreifen müßte, könnte dazu verhelfen.

Schließlich verbietet es sich im Licht der amerikanischen Alternative, die Bereitschaft zum Protest von rechts als quasi gesetzmäßige Tendenz der angestellten Mittelschichten auf einer bestimmten Stufe der industriekapitalistischen Entwicklung zu begreifen. Vielmehr gilt es, jenes 1952/53 aktivierte, verhängnisvolle Rechtspotential in der deutschen Angestelltenschaft, das übrigens in der Nachkriegszeit immer mehr zu verschwinden scheint<sup>113</sup>, strukturgeschichtlich, aber in Kategorien der deutschen Entwicklung, genauer zu erfassen<sup>114</sup>.

<sup>112</sup> In doppelter Hinsicht: Einmal würden dieselben Durchschnittsantworten der Angestellten, verglichen mit einer progressiveren Arbeiterschaft, notwendig weniger progressiv klingen. Zum anderen dürften die amerikanischen Angestellten gerade auch deshalb relativ gemäßigt auf die Krise reagiert haben, weil sie sich weder traditionell noch momentan von einer starken radikalen proletarischen Bewegung bedroht fühlten. Vgl. Lasswell, *The Moral Vocation*, S. 136: „Less threatened from the left, therefore, the middle-income skill group in America may be less easily stamped into violent mass movements than their corresponding groups abroad.“

<sup>113</sup> Unter den Anhängern und Mitgliedern der NPD waren Angestellte nicht überrepräsentiert; vgl. H. Maier und H. Bott, *Die NPD, Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“*, München, 2. Aufl. 1968, S. 14. – Bei den letzten Bundestagswahlen unterschieden sich Arbeiter und Angestellte kaum noch in dem Ausmaß, in dem sie SPD wählten; vgl. H. D. Klingemann und F. U. Pappi, *Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. Sept. 1969*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 11 (1970), S. 111–138, bes. S. 124: 1969 gaben 48 % der Arbeiter, 47 % der Facharbeiter, 45 % der Angestellten und 15 % der Selbständigen (ohne Landwirtschaft) ihre Zweitstimmen für die SPD ab. 1961 betragen die Zahlen noch: 41 %, 46 %, 22 % und 11 %.

<sup>114</sup> Dazu Näheres in meiner in der ersten Anm. zit. Arbeit.